

Er scheint nicht außer Montag... Preisliste für 1892 unter Nr. 6002.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige... Preisliste für 1892 unter Nr. 6002.

Verantwortl. Ausgaber... Amt 1, Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 22. November 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die gute Börse.

Man schreibt uns: Die Feingefühl für kommende Dinge... Sie wird besteuert. So will es Herr Miquel.

Der aber mühte nicht der Kompagnon des Herrn... Herr Richter so nennen. In unseren Augen sind auch 2/10 vom Tausend noch eine so unglaubliche Fronte auf den Zweck, den das Börsensteuer-Gesetz haben soll.

Wir haben es ja immer gewünscht. Man wird der guten Börse im Klassenstaat kein Haar krümmen und die ganze Komödie ist nichts als Sand in die schönen Augen der Moralisten.

Feuilleton.

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Sechs Monate lang muß ich nun am Hungertuch nagen... Sie Schwieg. Dann aber umarmte sie ihn und lästerte: Du weißt gar nicht, wie gut ich Dir bin.

narischen Existenzen der Tagespekulation, die um ein viertel Prozent willen 'geben' und 'nehmen'?

Die Börse giebt sich den Anschein es zu glauben. Da ist man versucht anzurufen:

'Schad' um die Zeit. Sind sonst wackere Brüder, Aber das deutet wie ein Seisensieder.'

Um ganz objektiv urtheilen zu können, müssen wir uns auf den Standpunkt der heutigen Gesellschaftsordnung stellen, müssen wir mit den Ordnungsparteien an die Vortrefflichkeit der Börsenorganisation glauben, wie sie ja auch in der That in der heutigen Gesellschaft ein unentbehrliches Wirtschaftsinstrument ist.

Allein vom Zeitgeschäft in Lebensmitteln wollen wir nicht reden. Auch dieses wird die Lappalie von 2/10 vom Tausend leicht tragen, wie es die alte Steuer spielend trug.

Und hier, behaupten wir, ist die ganze Steuer eine Ironie auf den Zweck des Gesetzes.

Wir stehen dem Börsenschwindel nicht als entrüstete christlich-germanische Webermänner gegenüber, wir sehen in ihm nur die Konsequenz des Kapitalismus, der an seiner eigenen Vernichtung arbeitet.

Im ökonomischen Kampf, in der Produktion, vollzieht sich der Konzentrationsprozeß langsam und stetig, bei der Börsenpekulation aber ruckweise und in großen Dimensionen.

Aber wir wissen, daß die Bourgeoisie den Akt nicht absagen wird, auf dem sie sitzt, und deshalb begrüßen wir die neue Steuer als — den Anfang einer Börsenreform, einen Anfang, den wir seiner Miniaturgestalt wegen soeben 'Ironie' nannten.

Und das ist er. Man mag sich drehen und wenden wie man wolle.

Wollen wir uns übermorgen wieder treffen? fragte sie beim Abschied.

'Ach ja!' versetzte er. 'Um dieselbe Zeit?'

'Ja.'

'Adieu, mein Herz.'

Sie küßten sich zärtlich.

In großen Schritten ging er heim und sann, was er morgen anstellen sollte, um aus der Klemme zu kommen.

Als er aber seine Zimmerthür öffnete, fühlte er in seiner Westentasche nach Streichhölzern und fand zu seinem größten Erstaunen ein Geldstück darin, das er zwischen den Fingern drehte.

Sobald er Licht gemacht hatte, prüfte er die Münze. Es war ein Louisdor.

Er dachte verrückt geworden zu sein.

Er drehte das Goldstück um und um und suchte nach einer Erklärung für das Wunder. Es konnte doch nicht vom Himmel in seine Tasche gefallen sein.

Plötzlich ahnte er den Zusammenhang und gerieth in zornige Empörung. Seine Geliebte hatte ja richtig von Geldstücken gesprochen, die ins Futter rutschen und dann in Tagen der Armut gefunden werden. Von ihr rührte das Almosen her. Diese Schande!

'Na, ich will es ihr anstreichen!' fluchte er. 'Sie soll nur übermorgen kommen. Sie kann sich auf was gefast machen!'

Wuth und Schmach im Herzen ging er zu Bett.

Spät wachte er auf. Er hatte Hunger. Er versuchte wieder einzuschlafen und wollte erst um zwei aufstehen. Dann aber sagte er sich: 'Das hilft mir ja zu nichts, ich muß doch schließlich zusehen, woher ich

Weil es eine ungeheure Lüge ist, wenn man behauptet, das Zeitgeschäft in Börsenpapieren sei notwendig, um, durch Erleichterung des Handels in denselben, das Kapital der Industrie zuzuführen, es ihr dienstbar zu machen. Was vom Termingeschäft in Lebensmitteln gilt, nicht gilt es von dem Handel in Wertpapieren.

Aber die großen Gelddynastien, sie brauchen jene Spieler, jene Riesenumfänge des Zeitgeschäfts — nicht um Angebot und Nachfrage auszugleichen — das kann das Kassageschäft auch und besser — nein, um die kleinen Spieler systematisch auszurauben. Daher der Nothschrei um die neue Steuer. Wie, wenn sie doch zunächst einige Spieler abschredete? Dann allerdings schädigte sie das Gewerbe der Großen, ihr Raubrittergewerbe.

Das legitime Geschäft aber, das kann keine Steuer lahmlegen, so lange sie sich nicht in Prozenten bewegt, sondern noch in den Bruchtheilen vom Tausend bleibt.

Das Zeitgeschäft in Börsenpapieren indes, das nur Spielergewinn dient, das ist der Urquell all' der Auswüchse und Anstatur, die den Handel diskreditiren. Es tödtlich zu treffen, das ist des Schweißes der Edlen werth.

Aber Herr Miquel wird es nicht treffen, er will es nicht treffen. Und er kann es auch nicht. Denn sie alle, alle, die jetzt auf die Börse einhauen, sie machen insgeheim ihr Feind. Sie sind eben Bourgeois mit Leib und Seele.

Der Börsenschwindel aber wird weiter wuchern, wachsen und gedeihen. Bei 2/10 vom Tausend, bei 3/10 vom Tausend, bei 1 vom Tausend, so lange sein Nährboden, die kapitalistische Gesellschaftsordnung, besteht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. November.

Der Parteitag und die Gegner. Die Haltung, welche die kapitalistische Presse aller Nuancen gegenüber dem Parteitag beobachtet, entspricht genau der stereotypen Taktik: uns, je nach Bedarf und Gelegenheit, entweder als blutrünstige Umstürzler und Gewaltmenschen hinzustellen, die mit eiserner Faust niedergehalten werden müssen — oder als 'Revolutionäre in Schlafrock und Pantoffeln', die man nicht zu

Geld antreiben kann.' In der Hoffnung, daß ihm auf der Straße ein guter Gedanke kommen würde, ging er fort.

Aber kein guter Gedanke stellte sich ein, doch vor jedem Restaurant lief ihm vor Eßgier das Wasser im Munde zusammen. Der Mittag kam und er hatte noch kein Mittel erdacht. Da sagte er einen raschen Entschluß: 'Ach was! Ich esse eben von Clotilden's zwanzig Franks. Deswegen kann ich sie ihr doch morgen zurückerstatten.'

Er speiste für zwei Franks fünfzig in einem Wirthshaus. Drei Franks gab er dem Braubediener in der Redaktion zurück: 'Hier, Foucart, hier haben Sie mein gestriges Droschengeld wieder.'

Bis sieben Uhr arbeitete er. Dann ging er dinniren und nahm wieder drei Franks von dem Gelde. Die beiden herkömmlichen Glas Bier am Abend steigerten seine Tagesausgabe auf neun Franks dreißig.

Auch am nächsten Tage war es ihm unmöglich, sich irgendwie Kredit zu verschaffen und neue Geldquellen zu entdecken. So ließ er sich noch einmal sechs Franks fünfzig von den zwanzig Franks aus, die er am Abend wiedergeben sollte. So kam es, daß er nur noch vier Franks zwanzig in der Tasche hatte, als er Frau von Martelle traf.

Seine Dame war die eines tollen Hundes, und er nahm sich vor, die Sachlage sofort klar zu stellen. Er wollte zu seiner Geliebten sagen: 'Höre einmal, ich habe da zwanzig Franks gefunden, die Du mir vorgestern in die Tasche gesteckt hast. Ich geb' sie Dir heut' noch nicht zurück, weil in meinen Verhältnissen noch keine Aenderung eingetreten ist, und ich auch nicht Zeit hatte mich mit Geldangelegenheiten zu beschäftigen. Bei unserm nächsten Wiedersehen bekommenst Du sie aber zurück.'

Sauft und besorgt und furchtsam kam sie an. Wie



fürchten braucht und die von den Revolutionären der schweligen Arbeitslast, den grimmigen Männern der That demüthigt ausgetilgt werden. Der Philister in seiner Freiheit und Kurzsichtigkeit kennt eben kein anderes Mittel, seine Anglisten zu beruhigen: er ruft die Polizei oder das Militär an, oder er läßt den gefährlichen Gegner todt. Seit 1848 haben wir das in Deutschland manch hundertmal erlebt.

Und daß wir jetzt, weil wir unseren Feinden nicht den Gefallen thäten, uns zu spalten und die blutige Revolution auf dem Markt zu proklamieren — zu „Revolutionären in Schlafrock und Pantoffeln“ gestempelt werden, hat noch obendrein einen humoristischen Beigeschmack, indem es wieder einmal so recht deutlich zeigt, daß die Bourgeoisie, wenn sie uns etwas anhängen will, stets in den Spiegel schaut.

Nach der alte Kniff, durch allerhand Lügen über das angebliche Urtheil ausländischer Sozialisten Verwirrung in unsere Reihen zu tragen, wird von der gegnerischen Presse wieder recht eifrig angewandt. Man sprengt zum Beispiel aus, unsere französischen Genossen seien höchlich erzürnt über den Kongreßbeschluss, betreffend den 1. Mai, und hätten in einer großen Volksversammlung zu Paris erklärt, wir seien vom Programm der internationalen Sozialdemokratie abgewichen. Eine solche Unbertheit ist natürlich keinem unserer frangösischen Genossen eingefallen. Während des Pariser Kongresses besprach Siebnecht die Frage der Feier des 1. Mai eingehend mit den französischen Delegirten, und, über die Verschiedenheit der Verhältnisse in Deutschland und Frankreich aufgeklärt, begriffen sie insgesamt die praktische Unmöglichkeit einer erzwungenen Arbeitsruhe für Deutschland. Von einigen Leuten mag ja in Paris geschimpft worden sein, allein das sind die paar bekannten Maulhelden, die von den bekannten Professoren der deutschen Bourgeoisie mit geistiger Nahrung versehen werden und auf gleicher geistiger und sittlicher Höhe stehen, wie ihre deutschen Schmutz- und Klatsch-Blieferanten.

**Der Reichstag** wird morgen, Dienstag, Mittags 12 Uhr im Rittersaale des königl. Schlosses vom Kaiser selbst eröffnet werden.

Dem Bundesrath ist die Berechnung der nach dem Etat für 1898/99 zur Deckung der Gesamtausgabe des ordentlichen Etats aufzubringenden Matrikularbeiträge zugegangen. Dieselben stellen sich im ganzen auf 556 186 421 M., d. h. 85 276 668 M. mehr als im vorigen Jahre. Es kommen auf Preußen 211 158 231 M., auf Bayern 43 824 832 M., auf Sachsen 25 565 984 M., auf Württemberg 15 595 128 M., auf Baden 12 580 277 M., auf Elsaß-Lothringen 12 136 421 M. — Dem Bundesrath ist ferner die Vorlage über die Deckung der durch die Militärvorlage bedingten Mehrkosten zugegangen. — Heute ist dem Bundesrath ein Gesuchentwurf, betreffend die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, zugegangen.

Ueber die neuen Reichsteuern, welche als Folge der neuen Militärvorlage zu erwarten sind, ist bereits dem Bundesrath eine Vorlage zugegangen. Danach wird beabsichtigt, die erforderlichen Mittel aus einer ergiebigen Besteuerung des Bieres, des Brauwetins und der Zersägesäfte zu gewinnen.

Der Reichs-Anzeiger schreibt bezüglich des Inhaltes der neuen Steuervorlage:

„Die Biersteuer soll innerhalb der Brauereigemeinschaft verdoppelt werden. Um indeß einer Ueberbürdung der kleineren Brauereien vorzubeugen, die infolge ihrer unvollkommenen technischen Einrichtungen einen relativ größeren Malzverbrauch zu haben pflegen, als die Großbetriebe, wird für die ersten eine Ermäßigung der Steuer empfohlen, deren finanzielle Wirkung durch eine Erhöhung des Saues für die letzteren ausgeglichen wird. Ferner soll der Saue nach welchem den einzelnen beteiligten Staaten die Kosten der Erhebung und Verwaltung der Brauereier vergütet werden, künftig von 15 auf 10 pCt. der Gesamteinnahme ermäßigt und Elsaß-Lothringen bei dieser Gelegenheit in die Brauereigemeinschaft einbezogen werden.“

Der Vertrag der Brauwetinsteuern soll durch eine Erhöhung des niedrigeren Saues der Verbrauchsabgabe von 50 auf 55 Pf. für das Liter reinen Alkohols gesteigert werden. Dasselbe wird es nöthig, die Gesamtjahresmenge Brauwetins, welche zum niedrigeren Abgabesaue hergestellt werden darf, von 4,5 auf 4 l reinen Alkohols für den Kopf der Bevölkerung herab-

würde er ihr entgegenzutreten? Und sie lächelte ihm eifrig, um für den ersten Augenblick wenigstens eine Auseinandersetzung abzuschneiden.

Seinerseits sagte er sich: „Ich müßte die Geschichte sofort zur Sprache bringen. Wenn ich nur eine Anknüpfung fände!“

Er fand keine Anknüpfung und sagte nichts und schaute vor den ersten Worten über diesen zarten Gegenstand zurück.

Auch sie sprach nicht davon. Ihr nächstes Stillsitzen verabredeten sie auf Mittwoch kommende Woche, weil Frau von Marelle an mehreren Diners in der Stadt hintereinander teilnehmen mußte.

Als Duxoy am nächsten Tage sein Dejeuner bezahlen wollte und nach den vier Geldstücken griff, die er noch besitzen mußte, weckte er plötzlich, daß es fünf waren und eins davon ein Goldstück.

Er dachte zuerst, daß ihm jemand gestern Abend aus Versehen ein Zwanzigfrankstück herausgegeben habe, dann begriff er es, und sein Herz begann wieder vor Erregung über dies dauernde Almosen heftig zu pochen.

Wie bebauerte er nichts gesagt zu haben. Wenn er energisch mit ihr geredet hätte, wäre das nicht vorgekommen.

Vier Tage lang ließ er keinen Weg und keine Anstrengung unversucht, um sich fünf Pommes zu verschaffen. Alles war nutzlos. Inzwischen verbrauchte er Clotildens zweites Goldstück.

Dawohl er ihr mit zornigem Gesicht gesagt hatte: „Nach solche Scherze, wie an den vorigen Abenden nicht wieder, sonst werd' ich böse“, fand sie doch bei ihrer nächsten Begegnung wieder Mittel und Wege, 20 Franks in seine Tasche gleiten zu lassen.

Als er sie vorfand, fluchte er: „Verdammt!“ und steckte sie dann wieder in die Weste, um sie bei der Hand zu haben, denn er hatte wieder keinen Pfennig mehr.

Sein böses Gewissen beruhigte er durch folgende Ueberlegung: „Ich gebe ihr alles auf einmal zurück. Schließlich borgt sie's mir ja nur.“

Endlich ließ sich der Kassier durch seine dringenden Bitten erweichen und gestand ihm hundert Sous täglich zu-

zusehen, um gegenüber dem Zurückbleiben des Trinkkonsums hinter den Erwartungen die Wirkung der Kontingentierung auch für die Zukunft sicher zu stellen.

Der letzte Vorschlag geht dahin, die durch das Gesetz vom 29. Mai 1886 eingeführte Abgabe von Kauf- und Verkaufsgeschäften über Werthpapiere und andere börsenmäßig gehandelte Waaren, Nr. 4 des Tarifs zum Reichs-Kempelgesetz, von  $\frac{1}{10}$  bezw.  $\frac{1}{20}$  vom Tausend auf das Doppelte dieser Sätze zu erhöhen und durch veränderte Abkürzung der Werthklassen in Zukunft die Möglichkeit anzuschließen, daß namhafte Beträge von der Besteuerung überhaupt frei bleiben.

Der aus der Durchführung dieser Steuerprojekte sich ergebende Mehretrag ist — einschließlich der von den süddeutschen Staaten an Stelle der Biersteuer zu entrichtenden Äquivalente — auf insgesamt etwa 58 Millionen Mark jährlich zu schätzen.

Eine höhere Besteuerung des Tabaks in irgend welcher Form wird nicht beabsichtigt.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte heute die Generaldebatte über die Steuervorlage fort. Abg. Freiherr von Bedlich (freikons.) trat im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen Grafen Behr für die Vorlage ein, ebenso der nationalliberale Abg. Cunnecerus, der dem ehemaligen Minister Herrfurth, der die Vorlage scharf bekämpfte, entgegentrat.

Der Reichshandhalts-Etat für 1892/93 schließt in Einnahme und Ausgabe auf 1 277 034 795 M. ab, 59 807 830 M. mehr als im Vorjahre. Durch außerordentliche Deckungen (Anleihen) sind hieron 188 066 436 M. aufzubringen. Die Schuldenlast des Reiches wächst stetig.

Die junkerlichen Brauwetinsteuern werden bei den neuen Reichsteuern-Vorlagen höchst glimpflich behandelt. Statt des Geschehenes von jährlich 40 Millionen, sollen sie in Zukunft nur 30 Millionen erhalten. Es wäre auch traurig, wollte man diesen armen Großgrundbesitzern dieses Geschenk nicht wiedergewähren; das würde den Selbstkonsum schädigen. Lieber verdoppelt man die Biersteuer. — Dieselbe trägt auch zum großen Theil die Belastung durch die neuen Reichsteuern-Vorlagen. Durch dieselbe sollen 58 Millionen mehr aufgebracht werden, von denen etwa 32 1/2 Millionen auf die Brauereier, 12 1/2 Millionen auf die Brauwetinsteuern und 13 Millionen auf die Biersteuer fallen.

Die internationale Münzkonferenz wird morgen in Brüssel eröffnet. Achtzehn Staaten, und zwar Deutschland, England und Englisch-Indien, Oesterreich-Ungarn, Italien, Rußland, Vereinigte Staaten, Frankreich, Belgien, Holland, Schweden und Norwegen, die Schweiz, Spanien, Portugal, Dänemark, Griechenland, die Türkei, Mexiko und Venezuela haben Vertreter angemeldet. Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Schweiz, Schweden und Norwegen, Rußland, Portugal und Dänemark haben nur Vertreter der Goldwährung, Frankreich, Italien, Vereinigte Staaten, Holland, Griechenland, Spanien, Türkei und Mexiko nur Vertreter der Doppelwährung; England und Belgien Vertreter beider Münzsysteme entsendet; die Vertreter der Doppelwährung haben die Mehrheit.

Gegen die Vermögenssteuer ruft die „Kölnische Zeitung“ die Erbschaftsteuer als das kleinere Uebel an. Der Finanzminister Miquel hatte gegen die letztere bemerkt: Zur Ausbringung der erforderlichen 85 Millionen, welche von der Vermögenssteuer erwartet würden, müßte man bei der Erbschaftsteuer von Ehegatten 2, für Geschwister 6, für Stiefkinder 6, für entfernte Verwandte 12 pCt. erheben. Die „Kölnische Zeitung“ findet dieses gar nicht so schreckhaft, denn in Frankreich zahlen gegenwärtig Ehegatten an Erbschaftsteuern 3 pCt. und Geschwister 6 1/2 pCt., also noch mehr als Miquel verlangt. Vielleicht läßt sich Herr Miquel dieses gesagt sein und kommt der „Kölnischen“ entgegen, indem er der Vermögenssteuer noch die Erbschaftsteuer hinzufügt.

Wiel verlangt. Die nationalliberale Presse macht — so weit ihre angeborene und anerzogene Feigheit es erlaubt — der Reichsregierung Vorwürfe, daß der „Staatsanzeiger“ noch nicht den Fürsten Bismarck gegen die Anklage der Depeschensälzung in Schutz genommen habe. Aber Bismarck hat die Fälschung ja eingestanden! Die geschmetterten Mannesfeelen scheinen von dem zehnten

Davon konnte er gerade leben, aber es reichte nicht hin, um sechzig Franks zurückzubehalten.

Clotilde war wieder in ihre alte Leidenschaft für nächtliche Ausflüge nach anrührenden Lokalen verfallen, und er hörte schließlich auf, sich maßlos darüber zu ärgern, wenn er wieder einen Geldsuchs in der Tasche fand.

Hatte sie Lannan, die er augenblicklich nicht befriedigen konnte, war es da nicht mehr wie billig, wenn sie statt darauf zu verzichten, die Kosten dafür trug?

Er führte übrigens genaue Rechnung über alles, was er so empfing, um es ihr eines Tages wieder zu geben.

Eines Abends sagte sie: „Denk nur, ich war noch nie in den Folies-Bergiere. Willst Du mich nicht mal hin-führen. Er zögerte, denn er fürchtete Rachel dort zu treffen. Dann aber dachte er: „Ach was! Ich bin ja nicht verheiratet! Sieht mich die andere, so wird sie meine Lage begreifen und mich nicht anreden. Uebrigens sitzen wir ja auch in einerloge.“

Nach ein anderer Grund bestimmte seinen Entschluß. Hier bot sich eine günstige Gelegenheit, Frau von Marelle ein Logenbillet anzubieten, das ihm nichts kostete. Das war so eine Art Ausgleich.

Er ließ Clotilde zunächst in der Droschke warten, während er das Billet holte, damit sie nicht bemerkte, daß er es umsonst bekam, dann holte er sie ab und sie betrat an den grüßenden Kontrollirenden vorbei das Spezialitäten-Theater.

Ein dichter Menschenstrom stürzte durch das Foyer. Mit großer Mühe konnten sie sich hindurchwinden. Glücklich erreichten sie ihre Loge und nahmen darin Platz, das ruhige Parterre vor sich und den Strom des Wandelganges im Rücken.

Frau von Marelle schenkte der Bühne keine besondere Aufmerksamkeit, sie war vielmehr ganz damit beschäftigt die Mädchen, die hinter ihrem Rücken herumschliefen, zu mustern. Unanständig drehte sie sich um, als hätte sie gar zu gerne gewußt, was das eigentlich für Geschöpfe seien. (Fortsetzung folgt.)

Reichskanzler das Kunststück jenes amerikanischen Advokaten zu verlangen, der einen auf brennender That ercappten Epithuben, der dem Gerichtshof seine Schuld schon eingestanden hatte, so beredt und erfolgreich verteidigte, daß der Epithube freigesprochen ward. Sie vergessen, daß solche Wäse nur in den amerikanischen Unterwäldern möglich sind, und auch nur auf dem Papier Diet Harto oder Marx Twain'scher Phantastik liegen.

Ein Bismarck'scher Triumph. Die Fälschung der Emser Depesche hat Bismarck eingestanden, aber, ehnt er sich jetzt, der Wortlaut der echten Depesche ist unbekannt, diese war viel länger und inhaltreicher als der für dieselbe angegebene Bericht des Prinzen Radziwill. Nun, mag die ursprüngliche Depesche, die „Chamade“ gelautet haben wie sie will, verrüchter (so lautet das Urtheil Bismarck's selbst über sein Unternehmen) kann die Fälschung nicht gewesen sein.

Die Verrüchtheit der Emser-Depeschensälzung wird von der „National-Zeitung“ klipp und klar bewiesen. Schon 1868, schreibt sie, wäre Napoleon nach dem Rhein aufgebracht, wenn die Armeekriegsfähigkeit und nicht theilweise in Mexiko engagirt gewesen wäre. 1868 würde Napoleon uns wegen Luxemburg's mit Krieg überzogen haben, wenn er nicht durch den Zusammenbruch des spanischen Thrones und die Erklärung Spaniens zur Republik zurückgehalten worden wäre. Daß 1870 und 1871 ihn nicht ein anderes „Wenn“ vom Kriege abhielt, hat Bismarck verhätet, indem er ihn durch seine Fälschung in den Krieg hineinzwang.

Der Profit-Patriotismus alias Prozent-Patriotismus grassirt in Deutschland bereits seit Jahrhunderten. Nachdem der dreißigjährige Krieg die Volkskraft gebrochen und die knechtliche Schreibewirtschaft eingeführt hatte, denkt unser Bürgerthum — mit verächtlichen Ausnahmen — politisch wie wirtschaftlich nur noch an zwei Dinge: Kasbuckeln nach oben und Geldmachen! Unter Fürst Bismarck, dessen Staatsmannskunst sich auf die schlechtesten Instinthe der Menschen stützte, und sie mit methodischer Raffinirtheit pflegte, hat die Seuche des Prozent- oder Profit-Patriotismus ihren Höhepunkt erreicht. Eine Uebart dieser echt deutschen Krankheit ist die Profit-Sozialität, die bei hohen, höchsten und allerhöchsten Geburtstagen oder bei sonstigen dynastischen Ereignissen illuminiert, demonstriert, festiert — und dabei mit der Wuth nach der Speckseite wirft. Das Großherzogliche Jubiläumfest in Weimar, von dem uns die Zeitungen so viel Gähiges und Erhebendes zu erzählen wüßten, scheint von der Profitlogalität zu einer formlichen Orgie benutz worden zu sein. In einem nationalliberalen Blatt, dem „Dresdener Anzeiger“, finden wir folgende Correspondenz aus Weimar d. d. 15. November:

Allgemeines Aufsehen erregt hier die Art und Weise, wie sich ein großherzoglicher Hoflieferant die Jubiläumstorte zu Ruhe gemacht hat. Es waren bei ihm aus dem Gefolge der Königinnen der Niederlande drei Offiziere als Gäste der Großherzogin einquartirt. Die Herren benutzten je zwei Räume und hatten, da sie natürlich an den Diners im Schlosse theilnahmen, außer dem Frühstück keinerlei Verpflegung im Hause. Nachdem reichte der Quartiergeber für den fünfjährigen Aufenthalt der Offiziere eine Rechnung ein, die das Sämmlchen von 4600 M. forderte. Die Hofhauptkassiererin weigerte sich, diese Forderung zu beglichen und auf Wunsch der Großherzogin wurde genaue Einzelangabe verlangt. Auf diese Weise in die Enge getrieben, gab der Hoflieferant nun an, es seien ihm für 1000 M. Möbel einmirt worden. Mit diesem Phantastikstück dürft der Herr Hoflieferant nicht weit kommen. Allein für Theewasser — den Thee lockten sich die Offiziere selbst — hat der Herr die Summe von 157 M. in Ansatz gebracht. Dem Rechnungsschreiber, welcher gedroht hatte, falls seine Forderung nicht beglichen werde, sie der Königin der Niederlande zu überenden, ist eine erheblich niedrigere Summe mit dem Bedenken geboten, daß man keinesfalls darüber hinaus zu gehen gedenke. Auch eine andere überaus hohe Rechnung ist vorläufig beanstandet. Ein Postapostler, dem die sämtlichen dekorativen Ausstattungen im Residenzschlosse und anderen der großherzoglichen Familie gehörigen Gebäuden übertragen waren, hat eine Rechnung von 127 000 M. eingereicht, wovon allein 44 000 M. auf Arbeitslöhne entfallen. Auch hätte, in denen Zimmerdeputirten die Fremden während der Festtage gebürg gerupft haben, bilden das allgemeine Stadtgespräch.

Ähnliche Dinge sind bei ähnlichen Gelegenheiten auch schon an anderen Orten vorgekommen, und — werden noch oft vorkommen.

Kirchengericht über Todm-Hammerstein. Ein Söldchen von etwa 3000 Einwohnern ist Hammerstein, im Kreise Schlochau, Regierungsbezirk Marienwerder, Provinz Westpreußen. Von dort berichtet der Braudenger „Gesellige“ (Nr. 271 vom 18. November):

Hammerstein, 16. November. Im Anbetracht der zunehmenden Unsittlichkeit in unserem Orte, wohl infolge der großen Militäransammlungen während des Sommers, hat sich der evangelische Kirchenrat mit Genehmigung der kirchlichen Behörde zu folgenden Maßregeln veranlaßt gesehen. Die einmal gefallenen Bräute dürfen zur kirchlichen Trauung weder Schleier noch Kränze tragen, den wiederholt Gefallenen werden zur Trauung weder die Glocken geläutet, noch die Orgel gespielt. Die unehelich geborenen Kinder werden, wenn mehrere Tausende zu gleicher Zeit zur Taufe gelogen werden, nicht getauft, auch müssen die Mütter persönlich bei dem Geistlichen die Taufe nachsuchen. Stirbt ein solches Kind vor der Taufe, so wird es ohne kirchliche Ehren begeben. Es folgt weder der Geistliche, noch werden die Glocken geläutet. Von diesen Kirchenstrafen ist bereits in mehreren Fällen Gebrauch gemacht worden.

Schweiz. Durch Volksabstimmung im Kanton Bern wurde am letzten Sonntag mit etwa 27 000 gegen 17 000 Stimmen beschlossen, die gänzlich veraltete Kantonsverfassung vom Jahre 1848 durch den großen Rath abändern zu lassen.

Das Resultat der Großrath-Wahlen in Genä die zum ersten Male nach dem Proportional-Verfahren in der Schweiz vorgenommen wurden, liegt nunmehr endgiltig vor. Von den 18 820 Wählern betheiligten sich 16 038 an der Wahl: die Betheiligung war in allen drei Bezirken gleichmäßig groß, und auch der Wahlact selbst trotz der Neuheit des Proportionalverfahrens einen ruhigen und ungestörten Verlauf. Die fünf streitenden Parteien erhielten gemäß ihrer numerischen Stärke die proportionalen Vertretung. Die einzelne Parteistärke ist folgende: Radikale Liberale 33, Sozialdemokraten 8, freisinnige Nationalpartei 6, Liberal-konservative 33, Ultramontane 10. In wichtigen prinzipiellen Abstimmungen und Wahlen wird sich die Parteistärke meist derart kundgeben, daß erstere drei







Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

**Dienstag, 22. November.**  
**Opernhaus.** Hamlet. Cavalleria rusticana (Bauern-Ehre).  
**Schauspielhaus.** Donna Diana.  
**Festung-Theater.** Die Orientreise.  
**Berliner Theater.** Dora.  
**Wallner-Theater.** Die Großstadtluft.  
**Deutsches Theater.** Solo's Vater.  
**Roll's Theater.** A Santa Lucia.  
**Residenz-Theater.** Im Pavillon. (Le Partum).  
**Friedrich-Wilhelmstadt Theater.** Pariser Leben.  
**Thomas-Theater.** Der Einsam.  
**Adolph Ernst-Theater.** Die wilde Madonna.  
**Alexanderplatz-Theater.** Sport-Mädel.  
**National-Theater.** Muttersegen oder die neue Fanchon.  
**Sellekianer-Theater.** Am Altar.  
**Lyoko-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Sankmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebrüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

### Adolph Ernst-Theater.

Zum 77. Male:  
**Die wilde Madonna.**  
 Gesangsposse in 3 Akten von L. Troplow. Coupletts von G. Görs. Musik von G. Steffens. Mit neuen Kostümen aus dem Atelier d. Fr. Köpke, und neuen Dekorationen v. Lütke Meyer in Coburg. In Scene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Alexander-Platz-Theater.

Heute Abend 7 1/2 Uhr:  
**Sport-Mädel.**  
 Große Posse mit Gesang, Tanz und Tableau in 4 Bildern von J. Krenn u. A. Schönfeld. Musik von Max Lustig. Mit vollständig neuer Ausstattung. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Sport-Mädel.

### American-Theater.

**Neu! Die Trodenwohner,** oder „Das Kind in der Kommode“, parodistisch-realistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Hof aus, von Oskar Wagner. Hauptrolle: Der urkomische Fendler. Jeden Abend jubelnder Beifall.  
**Der feine Reisser.**  
 Berliner Lokalposse von O. Wagner.  
**Neu! Die Wiener Original-Soubrette**  
**Clotilde Kowala.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf. Sonntag 6 Uhr.

**Passage-Panoptikum.**  
 Ein Riesenkind!!!  
 Ohne Extra-Entrée.  
 von 11-1 und 4-9 Uhr.

**Castan's Panoptikum.**  
 Sensationell!  
**Prinzess Topase.**  
 Vorstellungen 11-1 und 4-9 1/2 Uhr.  
**Ohne Extra-Entrée.**  
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

**Jul. Henke's Bierhaus**  
 38 Blumenstr. 38  
 empfiehlt seine großen Vereinszimmer, ca. 100 Personen fassend. 8111L  
 Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 533 L  
**Robert Meyer,**  
 Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.  
 NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Bekannten, genau auf meine Adresse zu achten.

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 22. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Königsbau“, Große Frankfurterstraße 117:

### Versammlung

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann aus Reiz über: „Die zehn Gebote und die bestehende Klasse“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 23. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herr Philipp, Rosenthalerstr. 38:

### Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Flator über: „Die Forderung des Volkes, betreffend das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. 2. Diskussion. 3. Erwählung des Vorstandes. 4. Verschiedenes.  
 Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind zu dieser Versammlung eingeladen. Gäste haben Zutritt.

Der Vorstand.

## Deutscher Schneider- u. Schneiderinnen-Verband.

Dienstag, den 22. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79:  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen J. Erdm über: Die Pariser Kommune. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Lokalverwaltung. 4. Wie stellen sich die Mitglieder zum Zuschneide-Unterricht.  
 Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Die Lokalverwaltung.

## Berein für volksthümliche Kunst.

Sonntabend, den 26. November cr., in Dieft's Festsaal, Weberstraße 16:

### Winter-Fest.

Zur Aufführung gelangt unter Anderem:  
**Prolog von A. Wit.** Davon anschließend: **Lebende Bilder:** Die Schmiede im Walde, Gedicht von Stauffacher in 4 lebenden Bildern, dargestellt von den Mitgliedern des Vereins. „Rongel de Lissie trägt zum ersten Mal die Marsellaise vor“. „Speckbacher“ nach dem Gemälde von Desprez. Die Gesangsvorträge werden vom Gesangsverein Felsenburg, Mittel d. Arb. S. B., unter Leitung seines Dirigenten Herrn Iha ausgeführt.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Billets für Herren 50 Pf. (incl. Tanz), Damen 30 Pf. sind zu haben bei Fritz Hansen, Dieffenbachstr. 34 part.; W. Herrmann, Griebenowstr. 1, 2 Tr.; G. Krause, Landwehrbergr. Allee 8; H. Wehner, Waldemarstr. 29; J. Jeppson, Reichenbergerstr. 133.

Der Vorstand.

## Achtung! Maurer! Achtung!

Donnerstag, den 24. November:  
**Ordentliche Mitglieder-Versammlung**  
 des Vereins zur Wahrung der Interessen d. Maurer Berl. u. Umg.  
 Tagesordnung:  
 1. Beratung über die sanitären Verhältnisse auf den Bauten. Ref. Dr. Ladek. 2. Abrechnung der Bibliothekare und Bericht der Revisoren. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten. — Jeder Maurer hat Zutritt. 390/5  
 Laut der Aufforderung im „Sozialist“ des Organs der Unabhängigen, fordere ich hiermit jedes Mitglied auf, der es ehrlieh mit dem Verein meint, und nicht auf dem Boden jener steht, in der Versammlung recht zahlreich zu erscheinen, wegen Ausschluß des Kollegen Fejorke.  
 Karl Pfeil, Kündstr. 11, o. 2 Tr.

## Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Donnerstag, den 24. November 1892, Abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung der Schleifer bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44.**  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Karl Schulze (ehem. Metallschleifer). 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.  
 Die Kollegen werden dringend ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
 227/18  
 Der Vorstand.

## Große öffentl. Versammlung der Töpfer Berlins u. Umgegend

am Mittwoch, den 23. d. M., Abends 7 Uhr, in Fey's Gesellschaftshaus, Brunnenstrasse No. 140.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Was lehrt uns der diesjährige Fensterstreik? 2. Wie wird die Wanderunterstützung vom 1. Dezember für Berlin geregelt? 3. Wahl eines Erfahmannes der Beisitzer zum Gewerbeschiedsgericht.  
 Die Versammlung wird Punkt 7 Uhr eröffnet. Um zahlreichen Besuch der Kollegen ersucht  
 [325/1]  
 C. Thieme.

## Fachverein der Tischler.

Dienstag, den 22. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Holz' Festsaal (fr. Feuerstein), Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal):  
**Außerordentliche General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Stellungnahme zum Anschlag an den Verband. 2. Anträge. 3. Eventuelle Statutenänderung. 4. Vereinsangelegenheiten.  
 Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
 301/2  
 Der Vorstand.

## Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Folgende neuen Erscheinungen unserer Parteiliteratur halten wir am Lager und sind zur Massenverbreitung zu empfehlen:  
**100 000 Soldaten mehr!**  
 Ein Wort zur Militärvorlage  
 von Emil Rosenow,  
 (Verfasser von „Kapital und Judenfrage“)  
 16 Seiten 8°. — Scheffelt Preis 10 Pfennige.

**Für die Sonntagsruhe**  
 Eine Antwort  
 auf die für Erweiterung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe betriebene Agitation.  
 Vortrag,  
 gehalten am 9. Oktober 1892 in Burgstädt von  
 Ab. Schmidt, Reichstags-Abgeordneter.  
 32 Seiten 8°. — Scheffelt Preis 10 Pfennige.

**Die Sozialdemokraten kommen!**  
 Eine wahre Dorfgeschichte.  
 Von Adolph Hoffmann-Zeit.  
 (Verfasser der „10 Gebote und die bestehende Klasse“)  
 16 Seiten 8°. — Scheffelt Preis 10 Pfennige.  
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.  
 Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsspediteure nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von außerhalb eruchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra.)

**J. R. Bauer, Neue Königstr. 56, I.**  
**Complete Wohnungs-Einrichtungen,**  
 2 Wohnzimmer, 1 Schlafzimmer und Küche R. 1800,  
 1 do. 1 do. do. 600,  
 wie dieselben in der Möbel-Ausstellung zu sehen waren, und zu jeder Zeit bei mir am Lager sind; auf Wunsch auch noch billiger!

**5 le Pfund Albrecht's Bäckerei,**  
 1 M. Pfenk, Zeißig  
 Brot für 50 Pfennig  
 Kiefer Wrangel-Strasse 8,  
 Langestr. 26, Falkensteinstr. 23,  
 1953  
 Stieglitz 1 M. Pfenk, Zeißig  
 Dampfsägen 2 M. Keine zahne Affen  
 und sprechende Amazonen, zoologische  
 Handlung, Engros und Detail, Stra-  
 lauerplatz 21.  
 1953

### Circus Renz.

(Karlstraße.)  
 Dienstag, den 22. November 1892,  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Außerordentliche Vorstellung.**

Austr. sämtlicher neu engagierten Kunstkräfte I. Ranges. Außerdem:  
 The gold bird, ger. von Fr. Clotilde Hager. Agat, Feuerfisch, in Freiheit dress. und vorgef. v. Direktor Fr. Renz.  
 Mr. James Pills mit dem Schulpferde Germinat. Punsch, schwed. Ponghengst, tou. Originaldressur v. Klown Risiko (August). Zum Schluß: Auf Helgoland. Böhlig neue Einlagen, u. a.: Leib-Garde-Artillerie, Hamburger Bürgerwehr, Ballet von 62 Damen.

Morgen, Mittwoch: Gr. Vorstellung mit vollständig neuem Programm und Auf Helgoland. Billet-Vorverkauf beim „Invalidendank“, Markgrafenstr. 61a.  
 Fr. Renz, Direktor.

### Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.  
 Welt-Lokal Berlins, 5000 Pers. fassend.  
 Täglich  
**Gr. Spezialitäten-Vorstellung**  
 mit abwechselndem Programm.  
 Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Jeden Mittwoch und Sonntag Nachm. Grosses Familien- und Kinderfest mit Gratis-Verlosungen und Spezialitäten-Vorstellung.  
 Anfang Mittwochs 4 Uhr, Sonntags 3 1/2 Uhr.  
 Entrees für Kinder wie Erwachsene  
 I. Platz 50 Pf., II. Platz 25 Pf.

### Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79, Täglich:  
**Borussia-Konzert- und Koppel-Sänger.**  
 Wochentags frei.  
 Sonntags 30 Pfennig.  
 Kinder 10 Pf.  
**Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch, Zwei Säle**  
 zu Versammlungen und Vergügungen, sowie 6 Billards und 3 Regelbahnen.  
 F. Sadtke.

### Circus Corty-Althoff.

Berlin, Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlstraße.  
 Dienstag, den 22. November,  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Vorstellung.**

Neu! Der Rauphengst Neu!  
**Osman Pascha als Luftschiefer,**  
 dress. u. vorgef. vom Dir. Althoff.  
 Außerd. Austr. sämtl. Künstler-spezialitäten, sowie Reiten und Vorf. bestdress. Schul- und Freizeitsport.  
 Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung.

### Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
**Das großartigste Spezialitäten-Programm der Residenz.**  
**Familie Lars-Larsen,**  
 Elite-Parforce-Gymnastik-Truppe.  
**Brooks & Duncan,**  
 Original-Ringge-Reger.  
**Charles Liffon,**  
 Athlet auf dem Drahtseil.  
**Brothers Bareit,**  
 The two Pannog-Gentlemen.  
**The Original-Satours,**  
 Anatomisches Wunder.  
 Jeden Abend stürmischer Erfolg.

Neue Broschüre über  
**Asthma**  
 und dessen Bekämpfung  
 (durch 20 Jähr. Erfahrung an mir selbst erprobt)  
 versende ich gratis und franco.  
**A. Klein, Herford,**  
 Hölckerstr. 291.

**Rechtsbureau** des königlichen Amtsrichters a. D., Alte Jakobstr. 150. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Auch Sonntag. 2286L



Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom 21. November, 11 Uhr.

Vom Ministerialrat Graf zu Eulenburg, Dr. Miquel. Die erste Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend die Aufhebung direkter Staatssteuern und der Denkschrift wird fortgesetzt.

Herr v. Jellig-Neufuss (Freikons.): Ueber die Hauptliste der Verlagen herrscht große Uneinigkeit unter den Hauptparteien: Die Konservativen, die Nationalliberalen und die Mehrheit meiner Partei billigt den Verzicht des Staates auch die Realsteuern. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur in bezug auf die Realsteuern. Wenn die Grundsteuer, deren innere Ungerechtigkeit man erkannt hat, aufgehoben wird und einige Personen davon Vorteil haben, die vielleicht einer Erleichterung nicht bedürfen, so kann man daraus noch nicht auf eine Bevorzugung dieser Einzelnen schließen, denen viele andere gegenüber stehen, die wirklich einer Erleichterung bedürfen. Selbst der potentielle Grundbesitz wird nicht den ganzen Betrag der Grundsteuer ersparen, denn diesem Betrage steht gegenüber die Vermögenssteuer und die Erhöhung der Kreissteuer infolge der lex Huene. Dazu kommt, daß die Inhaber der Güterbezirke die Staats- und Kommunalsteuern ihrer Hinterlassenen unentgeltlich erheben müssen, während sie dafür bisher Entschädigung erhielten. Die Vorteile, welche den kleinen Bauern und Landgemeinden zu teil werden, hat Herr Richter aber vollständig verschwiegen. Herr Richter meint auch, die Landgemeinden hätten für die Schullasten mehr zu tragen, als die Güterbesitzer. Das ist aber nicht richtig, denn die Güterbesitzer haben für die Schullasten alles Material zu liefern. Die Armenlast wird meistens von Verbänden getragen, denen die Güterbezirke ebenfalls angehören, und wo das nicht der Fall sein sollte, bietet die Landgemeinden-Ordnung die Mittel, solche Verbände zu bilden. Die Landgemeinden haben von der Maßregel einen Vorteil von insgesamt 20 Millionen Mark. Auch in Städten wird eine Erleichterung der Einkommensteuer-Aufschläge erfolgen, selbst in Berlin. Es wird nicht den Hausbesitzern ein Teil der Haussteuer erlassen werden, sondern sie werden wahrscheinlich ebenso viel bezahlen müssen, als sie bisher an Staats- und Gemeindesteuern bezahlt haben. Bezüglich des Gemeinde-Abgaben-Gesetzes bemängelt Herr Richter, daß seine Vorarbeiten darin enthalten sind über die Veranlagung der Realsteuern, daß die veraltete Grund- und Gebäudesteuer zur Anwendung kommt als Maßstab. Die Gemeinden, welche einen raschen Umschwung nehmen, haben sich allerdings noch einem anderen Maßstab umsehen müssen, dazu bietet das Reglement über die Berliner Haussteuer hinreichendes Material; im übrigen werden die Gemeinden einfach an der Grund- und Gebäudesteuer festhalten können. Daß die Grundsteuer und die Gewerbesteuer gleichmäßig herangezogen werden, sei durchaus zutreffend, denn der Gewerbetreibende habe von den städtischen Einrichtungen fast noch mehr Vorteil, als der Hausbesitzer. Die Folge der Steuerreform wird sein, daß die Realsteuern von drückenden Staatssteuern entlastet werden und daß die Aufschläge zur Staats- Einkommensteuer nicht mehr so hoch sein werden wie bisher. Wenn innerhalb der Gemeinden noch eine ungleiche Belastung bestehen bleiben sollte, dann wird man dahin wirken müssen, daß die Verfügungsmöglichkeit eines niederen Verbandes der höhere Kommunalverband eintritt. Der Vorfall der lex Huene ist für die Staatskasse nur mit 24 Millionen in Rechnung gestellt, während man wohl auch 30 Millionen rechnen kann, so lange die Getreidepreise in der letzten Höhe bestehen. Vielleicht empfiehlt es sich, daß der Staat die 8 Millionen, die ihm mehr zusteigen, an die Preise als feste Rente verteilt, welche weniger erhalten bei der Ueberweisung aus der lex Huene. Ich erlaube mir, daß die Vermögenssteuer der unglücklichsten, die Besteuerung innerhalb der Einkommensteuer der günstigste Vorschlag ist: die Erbschaftsteuer liegt in der Mitte. Die Vermögenssteuer hat gegen sich einmal den Namen, zweitens den Umstand, daß sie eine neue Steuer darstellt, und drittens, daß sie ein tiefes Eindringen in die Verhältnisse erfordert. Inwieweit der Einkommensteuer kann das Vermögen in den meisten Fällen leicht getroffen werden, aber nicht bei der Landwirtschaft, bei welcher die Oberleitung und Bewirtschaftung, ja die persönliche Mitarbeit bei der Bekämpfung des Einkommens beteiligt ist. Dieser Teil des Einkommens kann nicht so leicht angesehrieben werden, sobald man den Antheil des Vermögens abgeben erhält. Das liegt beim Gewerbe vielfach ebenso. Daß es eine besondere Vermögenssteuer besser, wenn dabei auch tief in die einzelnen Verhältnisse eingedrungen

werden muß, so ist doch nicht nötig, daß sie alle Jahre geschieht. Im Gegentheil, ich würde dafür sprechen, daß längere Perioden von 5 Jahren eingelegt werden, denn ein Irrthum in der Schätzung des Vermögens um 10 000 M. bedeutet nur eine Differenz von 5 M. in der Steuer. Die Erbschaftsteuer ist deswegen nicht braunbar, weil die Erbsätze nicht in regelmäßiger Folge entstehen, sondern sehr unregelmäßig. Wenn wir aber den neuen Steuerplan wollen, dann müssen wir kleinliche Bedenken beiseite lassen.

Herr v. Besenroth: Der Vordredner hat sich vollständig für den Steuerplan der Regierung ausgesprochen, ich fürchte aber, daß seine Hoffnungen sich als Illusionen erweisen werden. (Hört! links.) Ueber den Plan der Regierung, der als der Plan der „ganzen Steuerreform“ bezeichnet wird, ist in den Tagesblättern schon lange gesprochen worden. Dieser Plan hat etwas Besprechendes und wird nicht verziehen, nach vielen Richtungen Anhänger zu finden. Meine Bedenken richten sich nicht sowohl gegen die theoretischen Grundlagen des Systems der Staats- und Kommunalbesteuerung, als gegen die praktischen Folgen, die sich aus ihrer Durchföhrung nicht in dem rein steuerlichen Theil der Vorlagen, sondern in der Wirkwirkung, welche dieser Plan auf unser gesamtes politisches Leben äußern wird in den politischen Folgen von Gesetzen, die ihrer Natur nach nicht politisch sind und nicht politisch sein sollen. Die Stellung zur Steuerreform ist keine Parteifrage, und sollte von keiner Seite zur Parteifrage gemacht werden. Bis zu diesem Jahre war nur die Rede von der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer, oder vielmehr eines Theiles derselben an kommunale Verbände. Auch der frühere Finanzminister sprach 1879 nur von der Ueberweisung. Jetzt bringt die Regierung den Plan eines solchen Gesetzes der vollen Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Bergwerkssteuer, von welcher letzteren bisher überhaupt nicht die Rede war. Zur Begründung dieses Planes steht die Regierung durch den Wortlaut des § 82 des Einkommensteuer-Gesetzes in Verbindung mit der unentgeltlichen Uebernahme der Einkommensteuer veranlaßt. § 82 nimmt allerdings den Mehrwert zur Festsetzung der Grund- und Gebäudesteuer in Aussicht; nur mit einem „Beziehungswort“ wird die Ueberweisung damit in Verbindung gebracht. Dadurch wird diese letztere aber nicht in den Vordergrund gedrängt, sie war vielmehr in erster Linie in Aussicht genommen. Gegen die Streichung des Wortes Ueberweisung hat sich der Finanzminister selbst ausgesprochen (hört! links). Aus der Höhe des Mehrbetrages der Einkommensteuer kann ebenfalls nicht der Schluss gezogen werden, daß die Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer erfolgen muß. Der Mehrbetrag ist früher auf höchstens 20 Millionen geschätzt worden. Das er höher ist, kann doch nicht dazu führen, Millionen weiter zu verwenden, um die Realsteuern vollständig aufzuheben. Viel näher läge es vielleicht, von den 40 Millionen 10 Millionen abzugeben zur Verdrückung von Staatsbedürfnissen, welche längst als notwendig anerkannt sind, zur Erhöhung der Gehälter der Subalternbeamten und zur Verbesserung der Schulverhältnisse. Das Volksschul-Gesetz nahm ja eine Verwendung von 9 Millionen Mark von den Ueberflüssen in Aussicht. Eine Reduktion des „ganzen Planes“ kann also nicht begründet werden auf § 82 des Einkommensteuer-Gesetzes. Die Motive führen mit Recht aus, daß der Begriff Ueberweisung nicht feststehe, daß auch nicht feststehe, an welche Kommunalverbände die Ueberweisung erfolgen sollte; aber die Auffassung ging allgemein dahin, daß die Steuer weiter erhoben werden solle, aber den Gemeinden zur Erleichterung zugewiesen werden solle. Jetzt werden die Steuern aufgehoben und die Gemeinden erhalten nur das Recht, die Steuerzahler ihrerseits heranzuziehen. Gegen die Ueberweisung ist geltend gemacht worden, daß die großen Städte und die wohlhabenden Landestheile allein davon Vorteil haben; das trifft aber von der Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer ebenfalls zu. Der Erlaß verläßt sich in den wohlhabenden Landestheilen Sachsen, Hannover und Schleswig-Holsteins auf 7-8 M., in dem Kreis Eiderstedt sogar auf 18 M. pro Kopf, in den östlichen Landestheilen aber nur auf 1 M. pro Kopf. Das ist ungerecht. Was bringt die Aufhebung der Steuern? Den Kreisen den Verlust der Ueberweisung aus der lex Huene, die mit 30 Millionen sehr wichtig, mit 24 Millionen viel zu niedrig angesehen ist (hört! links), den Gemeinden einen Verlust an Einnahmen aus den Erhebungsgebühren für Staatssteuern und die sichere Aussicht auf eine neue erhebliche Mehrbelastung für Verwaltung und Kosten der Erhebung aller Staatssteuern einschließlich der Vermögenssteuer, zu welcher sie aber keine Zuschläge erheben dürfen. Die Eröffnung neuer Steuerquellen wird ihnen nicht zu teil, denn die Gemeinden könnten jetzt schon Steuern vom Grund- und Gebäudebesitz und vom Gewerbetriebe erheben. Den unmittelbaren

Vorteil haben die Grund- und Gebäudebesitzer und die Gewerbetreibenden. Da ist es mir bedenklich, ob das nicht im Widerspruch steht mit der Tendenz der Steuerreform im Reich und Preußen. Die Einkommensteuer hat unter Entlastung der minder Wohlhabenden die Wohlhabenden zu den öffentlichen Lasten herangezogen. Die Aufhebung der Realsteuern kommt den Wohlhabenden zu Gute, denn die Angefessenen sind auf dem platten Lande in der Regel die Wohlhabenden gegenüber den Unangefessenen. Die Hausbesitzer sind fast immer wohlhabender als die Mietler, denn die Großkapitalisten und auch die größeren Gewerbetreibenden sind fast immer auch Hausbesitzer. Es soll sich nur um die Befreiung eines alten Unrechts handeln. Dabei wird nur ein einziges Ziel verfolgt. Die Grundsteuer ist wegen ihrer unermesslichen Höhe trotz der wirklichen Eigenschaft einer Steuer thatsächlich eine Rente geworden. Bei geschäftlichen Beziehungen, in Erbfällen u. s. w. wird die Grundsteuer berechnet. Die Aufhebung der Grundsteuer bedeutet einen direkten Vermögenszuwachs. (Hört! links.) Das ist bei der Gewerbe- und Gebäudesteuer nicht der Fall. Darin liegt eben der agrarische Beigeschmack. (Hört! links. Weiter rechts.) Dieser Vorteil soll aufgehoben werden durch die Vermögenssteuer, durch die Erhöhung der Kreis- und Kommunalsteuern. Das ist nur zum Teil richtig. Die Vermögenssteuer wird höchstens die Hälfte der Grundsteuer ausmachen. Der halbverschuldete Grundbesitzer erhält ein Viertel der Grundsteuer und der noch mehr verschuldete noch mehr. Wie das Gemeinde-Abgaben-Gesetz wirken wird, kann man nicht übersehen. Jedenfalls wird das Programm, welches vor zehn Jahren Herr von Guise aufstellte: „Die Personalsteuern dem Staat, die Realsteuern den Gemeinden“, nicht verwirklicht, denn der Staat erhebt ja die Vermögenssteuer, welche zum Teil eine Objektsteuer ist. Bei den Güterbezirken kommt die Kommunalsteuer nicht in Betracht; darin liegt wieder der agrarische Charakter. (Rufen rechts; Hört! links.) Bedenklicher als alle diese Dinge sind aber die Rückwirkungen auf das politische Leben, namentlich in Bezug auf das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus und zu den kommunalen Vertretungen.

Herr v. Besenroth: Die Begründung der Kommunalsteuer-Vorlage aus dem Jahre 1879, in welcher ausgeführt ist, daß der Staat auf die Grund- und Gebäudesteuer niemals verzichten könne, mit Rücksicht auf die politische Bedeutung, die sie gewonnen habe. Dieser Satz sei entnommen aus dem Kommissionsbericht, den der Abg. Alexander Meyer 1878 erhatet hatte; die Worte geben die Anschauung der damaligen Kommission wieder, deren Mitglieder aus dem Zentrum und von den Konservativen zum Theil noch heute hier sitzen. Ich habe als Verfasser der Motive diese Worte aufgenommen mit der Bemerkung, daß die Staatsregierung diese Anschauung theile, und die Vorlage trägt die Unterschrift des Grafen zu Eulenburg, des jetzigen Herrn Ministerpräsidenten. (Hört! links.) Die Veranlagung der Grund- und Gebäudesteuer, die der Staat nicht mehr erheben will und die Gemeinden nicht zu erheben brauchen, würde in Zukunft nur auf dem Papier stehen. Für die Veranlagung der Gebäudesteuer, welche jetzt neu vollzogen wird, würde sich niemand entschließen haben, wenn er gewagt hätte, daß innerhalb Jahresfrist diese Steuer in Wegfall kommt. In die Veranlagung der Grund- und Gebäudesteuer sind verschiedene Rechte und Pflichten geknüpft worden. Ob dadurch geknüpft wird, daß an die Stelle des Wortes „entrichtet“ das Wort „veranlagt“ gesetzt wird, möchte ich bezweifeln. Jedenfalls paßt das nicht für die Wahl. Jedenfalls müßte als integrierender Bestandteil der Steuerreform-Gesetze ein Wahlgesetz erlassen werden. Was soll werden, wenn das Wahlgesetz gesondert behandelt wird und nachher nicht zu Stande kommt, was bei drei Faktoren der Gesetzgebung leicht möglich ist. Wenn das Wahlrecht sich lediglich nach der Steuerzahlung an den Staat richtet, dann wird die Bedeutung des Grundbesitzes zurückgedrängt und das Wahlrecht platonisch verschoben. Dasselbe wird bei den Gemeindevahlen zu Tage treten. Das ganze Dreiklassensystem wird dadurch von Grund aus umgehört, denn das Wahlrecht muß doch berechnet werden nach den Steuern, die wirklich gezahlt werden, nicht nach denen, die erlassen werden. (Weiter links.) Da die Güterbezirke nicht mit höheren Kommunalsteuern belastet werden können, sie aber den Vorteil der Grundsteuerrückzahlung haben, so wird es nicht mehr möglich sein, die Güterbezirke zur Aufhebung leistungsfähiger Güterbezirke u. s. w. zu veranlassen. (Sehr richtig! links.) Die Behörden werden auch sehr viel weniger leicht daran gehen, den Güterbezirkinhabern durch Aufhebung des Güterbezirks besondere Nachteile zuzufügen. Ich möchte deshalb mit dem Grafen von Eulenburg die halben Maßregeln den Vorzug geben. Die lex Huene hat ja vielleicht zu unrichtigkeitsvollen Maßgaben Anlaß gegeben, aber deswegen braucht man sie nicht ohne weiteres aufzuheben. Die lex Huene ist zwar nicht sehr schön, aber deswegen

Die Waffen nieder!

177

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

Wenn aber der Ernstfall einträte und man stände unvorbereitet da? Man bereite einen Rechtszustand vor, der den Eintritt des „Ernstfalles“ unmöglich mache. Denn was dieser Fall sein wird, Herr Oberst, von dem kann heutzutage kein Mensch einen klaren Begriff fassen. Bei der Furchtbareit der gegenwärtig erreichten und noch immer steigenden Waffentechnik, bei der Massenhostilität der Streitkräfte wird der nächste Krieg wahrlich kein „erster“, sondern ein „es giebt gar kein Wort dafür“ ein Diefenhammer-Fall sein. . . . Diffe und Verzweiflung unmöglich. . . . Die Sanitätsvorkehrungen und Proviantvorkehrungen werden den Anforderungen gegenüber als die reine Fronte sich erweisen; der nächste Krieg, von welchem die Leute so gelaßt und gleichmüthig reden, der wird nicht Gewinn für die einen und Verlust für die anderen bedeuten, sondern Untergang für Alle. Wer hier unter uns stimmt für diesen Ernstfall? „Ich allerdings nicht“, sagte der Minister; „Sie auch nicht, lieber Doktor — aber die Menschen im Allgemeinen. . . Auch unsere Regierung nicht, dafür kann ich nicht sprechen — aber die anderen Staaten.“ . . . Mit welchem Rechte halten Sie andere Leute für schlechter und unvernünftiger als sich und mich? Da will ich Ihnen ein kleines Märchen erzählen: Von der geschlossenen Pforte eines schönen Gartens, gar schönlichtig hineinschauend, stand ein Hausen Menschen tausendundeiner an der Zahl. Der Pförtner hatte den Auftrag, die Leute hereinzulassen, falls die Mehrzahl unter ihnen den Einlaß wünschte. — Er rief den Einen herbei: „Sag — aber aufrichtig — möchtest Du herein?“ — O ja, ich schon, aber die anderen Tausend sicher nicht.“ Diese Antwort schrieb der kluge Pförtner in sein Notizbuch. Dann rief er einen Zweiten. Der sagte dasselbe. Wieder trug der Kluge unter

die Rubrik „ja“ die Ziffer 1, unter die Rubrik „nein“ die Ziffer 1000 ein. Das ging so bis zum letzten Mann. Dann addierte er die Zahlen. Das Ergebnis war: 1001 „ja“, aber eine Million „nein“. So blieb das Thor verschlossen, denn das „nein“ hatte eine erdrückende Majorität. Und das kam daher, weil jeder, statt nur für sich, auch für die anderen antworten zu müssen glaubte. „Allerdings“, sprach der Minister nachdenklich, und wieder schlingt Lori Oriesbach bewundernde Augen zu ihm auf — „es wäre allerdings eine schöne Sache, wenn die einstimmige Votirung einer Entwaffnungsvorlage stattfinden würde; — aber andererseits, welche Regierung wird es wagen, den Ruf aus zu machen? Allerdings giebt es nichts Wünschenswertheres als Eintracht; aber andererseits: wie kann man, so lange menschliche Leidenschaften, Sonderinteressen u. s. w. bestehen, dauernde Eintracht für möglich halten?“ „Erlauben Sie“, nahm jetzt mein Sohn Rudolf das Wort. „Vierzig Millionen Einwohner eines Staates bilden ein Ganzes. Warum also nicht mehrere hundert Millionen? Soll das mathematisch und logisch beweisbar sein: so lange menschliche Leidenschaften, Sonderinteressen u. s. w. bestehen, können wohl 40 Millionen Leute darauf verzichten, sich untereinander zu bekriegen — drei Staaten sogar, wie gegenwärtig der Dreibund, können sich verbinden und eine „Friedensliga“ bilden — aber fünf Staaten können dies nicht, dürfen dies nicht? Wahrlich, wahrlich: unsere heutige Welt giebt sich für ungeheurer Klug aus und belächelt die Wilden — und doch: in manchen Dingen können auch wir nicht bis fünf zählen.“ Einige Stimmen erhoben sich: „Was? Wild? — Das uns — mit unserer überentwickelten Kultur? Am Ende des neunzehnten Jahrhunderts?“ Rudolf stand auf: „Ja, wild — ich nehme das Wort nicht zurück. Und so lange wir uns an die Vergangenheit klammern, werden wir Wilde bleiben. Aber schon stehen wir an der Pforte einer neuen Zeit — die Wilden sind nach vorwärts gerichtet, alles

drängt mächtig zu anderer, zu höherer Gestaltung. . . Die Wildheit mit ihren Wüthen und Waffen — schon schauderten sie viele von sich. Wenn wir der Barbarei auch noch näher sind als die meisten glauben, so sind wir vielleicht auch der Veredelung näher als viele hoffen. Schon lebt vielleicht der Fürst oder der Staatsmann, der die in aller künftigen Geschichte als die ruhmvollste, leuchtendste der Thaten geltende That vollbringen wird, der die allgemeine Abrüstung durchführt. Schon führt jener Bahn zusammen, kraft dessen der Staatsegoismus einen so thörichten Anschein von Berechtigung hat — der Bahn, daß der Schaden des Einen den Nutzen des Andern befördere. . . Schon dämmert die Erkenntniß, daß die Gerechtigkeit als Grundlage alles sozialen Lebens dienen soll. . . und aus solcher Erkenntniß wird die Menschlichkeit hervorblühen, die Gemeinlichkeit, wie Friedrich Tilling zu sagen pflegte. . . Mutter, hier dieses Glas trinke ich dem Andenken Deines ewig unvergessen Geliebten und Betrachteren, dem auch ich alles verdanke, was ich denke und was ich bin. Und aus diesem Glase — er warf es an die Wand, wo es zerbrach — „wird kein anderer Trunk mehr gemacht und heute — zu des Neugeborenen Tauffest wird kein anderer Toast mehr gesprochen, als dieser: es lebe die Zukunft! Ihre Aufgaben zu vollbringen, dazu wollen wir uns fühlen — nicht: unserer Vaterstädter — wie die alte Phrase lautet — wollen wir trachten, und würdig zu sein — nein: unserer Enkelkinder! . . . Mutter — was ist Dir?“ unterbrach er sich. „Du weinst? . . . Was siehst Du dort?“ Mein Blick war nach der offenen Glasthür gerichtet. Die Strahlen der untergehenden Sonne umwoben einen Rosenbusch mit zittergoldigem Duft und davon sich abhebend — in lebenswahrer Deutlichkeit — mein Traumbild: Ich sehe die Gartenschere flimmern — das weiße Haupthaar glänzen. . . Nicht wahr“ lächelt er zu mir herüber — „wir sind ein glückliches altes Paar?“ „Weh mir! — — — — — Ende.



braucht man sie nicht todzuschlagen. Wenn man sie in eine Besserungsanstalt bringt, kann sie brauchbar werden. (Heiterkeit.) Man könnte den Verbesserungsvorschlag ändern und vielleicht auch eine andere Vertheilung vorschreiben. Ich komme nun zur Vermögenssteuer. Der Finanzminister wird ja mit dieser Vorlage auf Widerstand selbst bei denjenigen stoßen, welche sonst in verba ministri schmören. Das Ziel der Vermögenssteuer kann auf dem Wege erreicht werden, den Herr v. Jagow vorgeschlagen, jedenfalls aber am besten durch die Erbschaftsteuer. Die Vermögenssteuer ist allerdings ergebiger, aber auch entwicklungs-fähiger; man braucht nur ein Wort zu ändern,  $\frac{1}{2}$  von Hundert anstatt  $\frac{1}{3}$  vom Tausend, dann hat man den zehnfachen Betrag. Das lästige Eindringen in die Verhältnisse war durch das Einkommensteuergesetz von 1881 verboten, durch die Einkommensteuer von 1891 gestattet, jetzt wird es geboten. (Sehr richtig!) Weßhalb will man den Gemeinden die Benutzung der Vermögenssteuer verweigern? Der fiskalische Zweck der Vermögenssteuer ist also wohl die Hauptsache. Weßhalb ist es bedenklich, eine solche Steuer einzuführen. Mit einem Jahresbetrage von 66 Millionen Mark lediglich zu dem Zwecke, eine Deckung zu suchen für die Aufgabe fester Staatssteuern, und zwar in einem Zeitpunkt, wo wir ein Defizit haben, das noch wachsen wird und wo wichtige öffentliche Aufgaben kultureller Art wegen Mangel an Mitteln unbefriedigt bleiben müssen. Zu dem Kommunalsteuer-Gesetz nehme ich eine wesentlich andere Stellung ein. Ich halte die Fassung einzelner Vorschriften nicht für besonders glücklich, aber im allgemeinen stehe ich dem Gesetze sehr viel sympathischer gegenüber als Herr Richter. Ich halte es für richtig, daß ein gewisses Gebiet abgegrenzt wird, innerhalb dessen die Gemeinden sich autonomisch bewegen können, daß dieses Gebiet überschritten werden kann mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden und daß für den Fall, daß ein Beschluß der Gemeinde nicht zu Stande kommt oder derselbe die Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht erhält, eine gesetzliche Vorschrift an die Stelle tritt. Einverständnis bin ich damit, daß kommunale Gebühren und Verwaltungsabgaben eingeführt werden, auch damit, daß die Gebühren in den Schlachthäusern mäßig erhöht werden, aber nur soweit, daß die Fleischpreise dadurch nicht verteuert werden. Gegen das Kommunalsteuer-Gesetz habe ich ein Zwei- und zwei Zehntel geltend zu machen. Ein Zehntel an Staats-Aufsichten, ein Zehntel über das Kommunalsteuer-Privileg der Beamten. Gänzlich unbegründet ist aber der Eingriff in die Autonomie der Gemeinden, welche in § 62 enthalten ist: Die Zwangs-etatistierung von Gemeinde-Einnahmen an Gebühren und Beiträgen und indirekten Steuern gegen den Willen der Gemeinden. Der Oberpräsident von Berlin könnte zu der Auffassung kommen, in Berlin prävalierten zu sehr die Kommunalsteuern. Er schafft die Mietsteuer ab und führt eine Baumaterialien-Steuer ein und verdoppelt die Kanalisationsabgaben. Die Stadt Berlin hätte dagegen die Klage beim Ober-Verwaltungsgericht. Die Einführung der Biersteuer in Spandau wäre im Handumdrehen von der Regierung in Potsdam zu dekretieren. Ich halte die Biersteuer in Spandau für sehr zweckmäßig, aber gegen den Willen der Gemeindevertretung würde ich niemals eine solche Steuer aufzwingen. Diese Bestimmung müßte vollständig gestrichen werden. Zu wenig enthält die Vorlage über die Steuerprivilegien der Beamten. Mit der Einführung der Deklaration ist ein wesentliches Moment für die Privilegien in Wegfall gekommen, und man könnte hier wohl eine andere Regelung ein-treten lassen. Die Kommunalsteuer-Reform hilft aber nichts, wenn daneben nicht die Kreis- und Schulsteuern geregelt werden. Ich habe die Gründe dargelegt, welche es mir unmöglich machen, mich für den ganzen Plan der Regierung zu erklären. Wenn ich eine Reihe von Veränderungsvorschlägen angedeutet habe, möchte ich mich dagegen verwahren, als ob ich dem Plane der Regierung ein bestimmtes positives Gegenprogramm entgegenstellen sollte. Das ist nicht Aufgabe eines einzelnen Abgeordneten oder des Abgeordnetenhauses, als solchen. Für solche wichtige Gesetze muß der Staatregierung stets die vollste Initiative überlassen werden; nur im Finanzministerium können solche Vorlagen ausgearbeitet werden. Es ist eine unerbittliche Forderung, wenn von demjenigen, der eine Kritik ausgeübt hat, ein Gegenversuch verlangt wird. (Zustimmung links.) Es ist mir auch zweifelhaft, ob in der Kommission es gelingen wird, die von mir mitgetheilten Bedenken zu beseitigen. Wenn das gelingen sollte, wird meine Zustimmung immer davon abhängig sein, ob es gelingt, ein richtiges Wahl-gesetz zu Stande zu bringen, welches die politischen Rechte nach allen Seiten hin wahrt. Ich erkenne an, daß es notwendig ist, die Steuerreformen durchzuführen. Aber lieber eine Verzögerung um 1 oder 2 Jahre als eine Reform, welche zwar nicht die Absicht, nach meinem Dafürhalten aber die Wirkung hat: die Inter-essen der kommunalen Verbände und die Interessen der minder wohlhabenden Bevölkerung hinter den Interessen einzelner Klassen der Bevölkerung zurückzudrängen, welche sich gestalten würde zu einer reformatio in peius. (Beifall links und Zischen rechts.)

Finanzminister Miquel: Es wäre bei Lage der Sache gar nicht erforderlich gewesen, den Zusammenhang des Wahl-rechtes mit dieser Frage so sehr zu betonen, da hierüber wohl allgemeines Einverständnis herrscht. Sowohl in dem Ueber-weisungsgesetz als in der Rede ist ausdrücklich anerkannt worden, daß ein Wahlgesetz thmatisch schnell vorgelegt werden soll. (Zuruf: thmatisch!)

Sie werden in dieser Session mit einem Wahlgesetz sich zu beschäftigen haben und können sich entscheiden, ob Sie die Steuer-gesetze annehmen wollen ohne oder mit Aenderung des Wahl-rechtes. Das Wahlgesetz muß meiner Meinung nach auch ent-gegentretene der plakatistischen Wirkung des Einkommensteu-ergesetzes. Gegen den Abg. Richter habe ich den Einwand ge-macht, daß er nur kritisierte, daß daraus nicht hervorgeht, was er eigentlich positiv wollte, daß das eine unfruchtbare Debatte sei in einer Frage, wo die Reform durch Gesetz vorgeschrieben ist. Denselben Einwand kann ich gegen den Herrn Vorredner nicht erheben. Er hat zwar gesagt, er brauche keine Gegenversuche zu machen, daß sei Sache der Staatsregierung. Das ist richtig. Was wenn die Staatsregierung ein großes Programm vorlegt, dann müssen die Kritiker wenigstens zeigen, wohin sie gehen wollen. (Abg. Richter: Das habe ich gesagt; Sie haben bloß nicht zugehört! Sie wollen das nicht hören!) Der Vorredner hat das zum Theil getan. Er hat eine Reform der lox Hüne verlangt: eine Fixierung des Betrages und eine Aenderung des Maßstabes von 1885 entgegengesetzt! Die Verwendungszwecke sollen festgelegt werden. Das ist die schwache Seite der Sache. Verwendungszwecke kann man vorschreiben für Verbände, welche gleiche Aufgaben und Ausgaben haben. Das würde allenfalls für die Gemeinden zu, aber nicht für die Kreise. Die Kreise sind verschiedener Art im Westen und im Osten; das liegt in ihrer historischen Entwicklung. Die Kreise im Westen sind regimantle Bezirke, nicht kommunale Verbände. Man müßte in gewissen Landestheilen die Ueberweisungen an die Kreise machen, in anderen Landestheilen an die Gemeinden. Dadurch würde die Einheit der Verwaltungsorganisation des Staates zerstört. Durch Gesetz wäre freilich schließlich alles möglich, aber das Gesetz müßte dann etwas Unvernünftiges thun. Der Staat erhebt doch keine Steuern, um sie nachher bloß zu vertheilen an Verbände, die keine Unterstützung bedürfen. Die rheinischen Kreise legen von den 8 Millionen, die ihnen überwiesen werden, etwa 5 Millionen auf Zinsen an, weil sie keine Verwendung dafür haben. Nach dem Regierungsvorschlage sollen keine Dotationen überwiesen werden, sondern wir überweisen Steuer-quellen, welche die Gemeinden nach ihren verschiedenartigen Be-dürfnissen ausnützen sollen. Wo liegt eine größere Selbstver-waltung vor, als in diesem Vorschlage! Die weitgehendste Frei-heit nützt den Gemeinden nichts, wenn der Staat seine Hand auf die Steuerquellen legt, welche den Gemeinden eigentlich ge-hören sollten. Die Gemeinden hatten bisher schon die Befugnis, Grund- und Gebäudesteuer zu erheben, aber sie konnten keinen

ausgiebigen Gebrauch davon machen, weil der Staat diese Quellen benutzte. Die 40 Millionen Ueberschüsse aus der Ein-kommensteuer wollte Herr Richter doch auch an die Ge-meinden vertheilen. Da wäre es doch wohl gut gewesen, wenn er uns unwissenden Leuten eine Andeutung über den Nachhalm der Vertheilung hätte geben wollen. (Heiterkeit.) Die Vertheilung nach der Fläche oder nach der Kopfzahl ist doch nicht richtig. Sollte man nach den Ausgaben vertheilen? Solche Vertheilung findet statt bei den Zuschüssen für die Lehrer-gehälter, die den reichen wie den armen Gemeinden gewährt wer-den. Ich habe als Oberbürgermeister von Frankfurt am Main diese Verwendung gern hingenommen und mich nur gewundert über den Reichtum des Staates, der seine Beamten nicht ein-mal ordentlich bezahlt. Der Vorredner hat gemeint, die neue Reform sei neueren Datums, von einem Erlaß der Realsteuern war überhaupt keine Rede. Das ist richtig, weil man sich nicht vorstellen konnte, daß die Einkommensteuer mehr als 40 Millionen Ueberschüsse geben würde. Wenn nur 15 Millionen Mark her-ausgekommen wären, wäre ein solcher umfassender Plan hier jetzt ein vermessener gewesen. Nach dem Ergebnisse der Einkommen-steuer-Veranlagung konnte eine grundlegende Reform unter-nommen werden. Der Vorredner meint, die Steuerreform wirke nach der einen Seite hin plakatistisch, nach der anderen agrar-istisch. Ich muß innerlich lächeln, wenn der Einkommensteuer ein plakatistischer Charakter vorgeworfen wird. (Zuruf links: Hat Herr Richter garnicht gesagt!) Die Angriffe gingen gegen mich nach entgegenge-setzter Richtung. Die Ueberlastung der Realsteuern an die Gemeinden wird die Personalsteuern sehr erheblich ent-lasten. (Widerspruch links.) Wir werden Ihnen eine Statistik der Vertheilung der Einkommensteuer in den Gemeinden vorlegen; da werden Sie sehen, welche Folgen das Gemeinde-Abgaben-Gesetz haben wird. Es ist ein Irrthum, daß die Häuser in den Städten sich meist in den Händen der wohlhabenden Leute befinden. Nein, die Haus-behüter haben meist so wenig an ihren Häusern, daß sie eigentlich nur eine Verwaltung führen, bei der sie ihre Arbeitskraft ver-wenden. Herr Richter hat angenehme Wiße gemacht über den verschuldeten Grundbesitz. Ueber die Thatsache der Verschuldung sollte man keine Wiße machen. Wenn 17 Milliarden Schulden auf dem Grundbesitz haften, wird keine Gesetzgebung der Welt darüber mit Wißen hinweggehen können. Daß die verschuldeten Grundbesitzer am meisten überlastet sind mit Grundsteuern, wird niemand bestreiten können. Wenn wir die Idee des Vorredners zur Ausführung bringen, würden wir eine Verdoppelung der Nachteile des Dotationsystems haben und eine wesentliche Einwirkung auf die Finanzen der Gemeinden nicht ausüben. Die Gewerbe- und Vergewerkssteuer würden bestehen bleiben, die halbe Grund- und Gebäudesteuer würde ebenfalls bestehen bleiben. Wir hätten also nur 40 Millionen Mark in ungewöhnlicher Weise an reiche und arme Verbände gegeben, ohne die Art der Verwendung kontrolliren zu können. Wenn Sie die Steuerreform in ihren Grundlagen ablehnen, dann bliebe verständigerweise nur ein Programm: Man verzichtet auf jedes Reformprogramm, das man doch nicht durchführen kann und nimmt das Geld zur Staatskasse, denn der Staat ist augenblicklich der bedürftigste, und der Staat kann am ersten dafür sorgen, daß die bedürftigen Gemeinden unterstützt werden. Der Vorredner hat die Vermögenssteuer eine fiskalische Steuer genannt; warum tadelt er den fiskalischen Charakter, da die Steuer dem Staate nur die Mittel sichern soll, die ihm heute zu Gebote stehen? Was die Gemeindeabgaben angeht, so muß der Staat, wenn er hundert Millionen hingiebt, die Sicherheit haben, daß die Gemeinden auch wirklich die neuen Steuerquellen ver-wenden. Wenn eine Stadt ein schlechtes Steuersystem hat und freiwillig nicht davon abgeht, dann muß sie dazu gezwungen werden, nach der Absicht des Gesetzgebers. Die Verweisung auf die Biersteuer von Spandau war ungeschickt. Das Gesetz schreibt den Gemeinden nicht vor, indirekte Steuern zu erheben; eine solche Vorschrift würde ich auch für vollständig falsch halten. Ein Minister oder ein Verwaltungsgerichtshof wird niemals der Gemeinde vorschreiben können, eine Biersteuer zu erheben. Miet-steuern sind auch zugelassen (Zuruf: Leider!), deswegen kann der Oberpräsident auch nicht ohne weiteres die Mietsteuer ab-schaffen. In der Beschränkung der Rechte der Gemeinden werden wir nicht weiter gehen als das Staatsgesetz und die Tendenz der Steuerreform es erfordert. Ueber das Einzelne werden wir in der Kommission Rede und Antwort stehen. Entscheiden Sie sich für die Verwandlung der Realsteuern in Kommunalsteuern, dann müssen Sie dem Staate auch die Mittel dazu geben. Sie würden selbst von einem Minister sonderbar denken, wenn er sichere Steuern ohne Erlaß aus der Hand giebt. Würden die Realsteuern nicht aufgehoben, dann bleiben alle An-sie müssen nicht nur die Beschaffung der Mittel ermöglichen, sondern auch zugleich die Frage der verschiedenen Versteuerung des fundierten und unfundierten Einkommens lösen. Wenn Sie diese Frage bejahen, dann müssen sie andere Wege zeigen, wenn Sie die Vermögenssteuer nicht wollen! Zeigen Sie andere Wege nicht und lehnen Sie die Vermögenssteuer auch ab, so lehnen Sie damit alles ab. Der Vorredner will die Veränderung unseres Systems nicht, er herabwürdigt die Belastung durch die Steuer nicht genug. (Sehr richtig! rechts.) Dazu will ihm die Aende-rungen zu große, er bleibt lieber bei der lex H. ene, die er selbst früher sehr scharf getadelt hat. Eingelebte Anschauungen, her-gebrachte Gewohnheiten, auch Interessenverhältnisse wirken hier zusammen, um sich mit der halben Maßregel zu begnügen. Ich könnte mir denken, daß der Landtag vor der großen Reform zurückschreckt. Diese Vorlage muß erst gelöst werden. Bleibt die Grund- und Gebäudesteuer in halber Höhe bestehen, dann muß die Vertheilung der Gemeinde-Abgaben eine ganz andere sein. Kein Redner hat bis jetzt die Berechtigung der Ziele des großen Reformplanes bestritten, immer sind nur die praktischen Folgen bekämpft worden. Von der Entscheidung der Vorlage hängt der Ausgang der Beratungen ab. Ich kann nur wiederholen: Wir glauben mit den Vorlagen nur den gesetzlich ausgesprochenen Willen beider Häuser des Landtages zu erfüllen. Wenn das Pro-gramm des Vorredners durchgeführt würde, müßten dann nicht die Realsteuern reformirt und eine Kapitalrentensteuer eingeführt werden? Wir bekommen immer nur Kritiken und keine positiven Gegen-vorschläge. Ich denke, Sie werden sich an die Vorlage halten und diese Kritiken beiseite lassen. (Beifall rechts.)

Der Vizepräsident von Wenda ertheilt dem Abg. Cunnecerus das Wort, welcher aber eine Zeit lang schweigt, da ein großer Theil der Abgeordneten den Saal verlassen.

Abg. von Cunnern nimmt das Wort zur Geschäftsordnung und bittet um eine viertelstündige Pause, da die Mitglieder nach solchen bedeutenden Reden einer Erholung bedürfen.

Der Vizepräsident von Wenda glaubt, daß dazu nicht die Zustimmung des Hauses zu finden wäre.

Abg. Cunnecerus (nl.): Ich habe nur geschwiegen, um jenen, die erholungsbefürhtig sind, das Verlassen des Saales zu ermöglichen. Es handelt sich hier um die Frage, ob der Staat auf alle Realsteuern verzichten soll oder nicht. Daß die Be-stimmung des § 82 des Einkommensteuer-Gesetzes sich nur auf einen Ueberschuß von 15 bis 20 Millionen bezogen haben soll, ist unrichtig. Ich habe selbst eine Mehreinnahme von 35 Millionen vorausgesetzt, und der Abg. Richter ging darin noch viel weiter. Die Unrichtigkeit der Brutto-Realbesteuerung ist so oft dargelegt worden, auch von meinen Freunden, daß kein Zweifel bestehen sollte darüber, daß eine gründliche Reform erfolgen muß. Würden die Realsteuern nicht aufgehoben, dann bleiben alle Un-gerechtigkeiten derselben bestehen: Die Verschiedenartigkeit der Veranlagung bei der Grundsteuer, die Nichtzulassung des Abzuges der Schulden. Daß eine Bevorzugung des platten Landes oder der Gutsbezirke oder der großen Städte vorliegt, kann ich nicht annehmen. Somit würde ich gegen die ganzen Vorlagen stimmen. Schon daß meine Fraktion, in welcher Stadt und Land, große und kleine Städte vertreten sind, einstimmig für die Grundlagen

der Steuerreform ist, beweist, daß eine einseitige Bevorzugung nicht stattfinden wird, namentlich wenn man die Gewerbesteuer und die jetzt bevorstehende Erhöhung der Gebäudesteuer dabei in Betracht zieht, die wesentlich den Städten zu Gute kommt. Ich gehe nicht so weit, zu sagen, Herr Richter habe keinen Plan. Er hat den Plan, die Steuerreform jetzt zu verhindern, das ist ge-rade Plan genug, denn nach § 83 und 84 des Einkommensteuer-gesetzes wird, wenn die Steuerreform bis 1894 nicht zu Stande kommt, der Steuerfuß ermäßigt. Dadurch würde die ganze Steuerreform verhindert. Der Erlaß der Grund- und Gebäude-steuer für die Gutsbezirke erscheint mir nicht so bedenklich; soll der Gutsbesitzer, der die kommunalen Ausgaben, wenn auch nicht in Form von Steuern, so doch als Wirtschaftsausgaben trägt, nicht ebenfalls erleichtert werden, wie die anderen Realsteuerzahler? Bezüglich der Rückzahlung der Grundsteuer-Entscheidungs-kapitalien stellt sich der Redner auf den Standpunkt der Regierung, nur würde vielleicht den Erben eines Gutes nicht die Rückzahlung der vollen Entschädigungssumme aufzuerlegen sein. Der Entwurf des Gemeindeabgabengesetzes im Ganzen ist eine vorzügliche Arbeit, wenn wir auch im Einzelnen Ausstellungen zu machen haben. Herr Richter findet den Entwurf zu elastisch. Er hat dabei wohl nur immer die Berliner Verhältnisse im Auge. Für eine Gemeinde kann man bestimmte Vorschriften treffen, für viele Gemeinden aber müssen allgemeine Normen aufgestellt werden. Ein Theil meiner Freunde ist z. B. der Meinung, daß der § 43 über die Vertheilung der Personal- und Realsteuern viel zu eng gefaßt ist. Die Direktive, welche das Gesetz, trotzdem es einen lehrbuchartigen Charakter haben soll, giebt, werden für die Aufsichtsbehörden ausreichend sein. Herr Richter wollte alle Hochbauten von den Hausbesitzern bezahlen lassen. Dagegen würde sich ein Sturm der Entrüstung erheben; der Hausbesitzer wird nicht einverstanden sein. Gegenüber der Vermögenssteuer hat man den Vorschlag gemacht, das fundierte Einkommen in der Einkommensteuer besonders zu belasten. Das hat gewisse Vortheile, aber auch große Nachteile. Denn innerhalb der Ein-kommensteuer kann man fundiertes und unfundiertes Einkommen garnicht trennen. Wie will man den Einfluß der Intelligenz eines Landwirths auf seine Wirtschaft beurtheilen? Man wird wahrscheinlich nicht anders verfahren können, als daß man das Vermögen ermittelt und dann kann man auch gleich eine Vermögenssteuer erheben. Beim fundierten Einkommen können die ertraglosen Objekte, die Baugründe u. s. w. garnicht gefaßt werden. Und wie sollen die Zuschläge zum fundierten Einkommen bemessen werden? Es würden sich dabei die größten Gegensätze herausbilden; niemals ist ein solcher Kampf der Interessen hervorgetreten. Die Erbschaftsteuer empfiehlt sich noch viel weniger als Erlaß für die Vermögenssteuer. Der Erlaß ist nicht der geeignetste Zeitpunkt für eine Steuererhöhung. Der Gedanke der Familie stirbt; die Schulden müssen regulirt werden und manche andere Ausgaben entstehen und da fordert der Staat dann eine Steuer, die, wie der Finanzminister ausführte, recht hoch sein müßte, um die 33 Millionen aufzubringen. Wenn die Erbschaftsteuer bei hohen Vermögen erhoben wird, so daß viel-leicht die ersten 10 000 M. frei bleiben, dann würden die Bedenken etwas vermindert sein, aber der Ertrag würde auch sehr erheblich schwinden. Gegen die Vermögenssteuer, wie sie vorliegt, sind einzelne Bedenken geltend zu machen; aber die Vermögens-steuer erfüllt jeden Vorwurf der Ungerechtigkeit. Die Modifikationen, welche dazu nöthig sind, können nur in einer Kommission vorgenommen werden. Mein wahrer Freund des Reform im ganzen wird sich durch die Vermögenssteuer abhalten lassen, der Reform im ganzen zuzustimmen.

Gegen 4 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 1/2 Uhr vertagt.

## Veranstaltungen.

Die freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins hielt am 18. November eine Mitgliederversammlung ab. Die zunächst verlesene Abrechnung wies eine Einnahme von 166,73 M. und eine Ausgabe von 73,78 M. auf. Es bleibt mithin ein Kassen-bestand von 92,95 M. Nachdem die Abrechnung von den Revi-soren bestätigt und der Kassirer entlastet worden war, wählte die Versammlung die Kollegen Otto Weg und Richard Duda zu Revisoren. Bernau forderte die beiden Gewählten auf, treu ihrer Pflicht nachzukommen und der Gemeinschaft das ihr gebührende Interesse zu widmen. Alsdann bewilligte die Ver-sammlung auf Antrag Bernau 10 Mark zur Agitation, worauf das Verhalten des Maurermeisters Kromm und Lanenburg gegen ihre Arbeiter auf's schärfste kritisiert wurde. Ebenfalls wurde der Polier Weinart und der Kolonnenführer Schulz lebhaft getadelt, wofür die Versammlung in einer gegen die Genannten gerichteten Resolution ihrer Meinung Ausdruck verlieh. Es gelangte hierauf das Aufnahmegesuch eines Maurers zur Debatte. Dasselbe wurde abgelehnt, weil die Versammlung der Ansicht war, daß der Betreffende unserer Organisation nur beitreten wolle, damit er eine Klagesache, die ihn beschäftigt, auf Vereinsmitteln durchführen könne. Der Maurer, der bisher keiner Organisation angehört hat, wurde aufgefordert, sich bei der seiner engeren Kollegen zur Aufnahme zu melden. Nach Gr-ebildung einiger interner Angelegenheiten fand Schluß der Ver-sammlung statt.

Die in der Filzschuhbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten am 14. November eine öffentliche Ver-sammlung. Menzel hielt in derselben einen „Die Kerne des Ar-men oder der fünfte Stand“ benannten Vortrag, dem eine lebhafteste Diskussion folgte. Nach Beendigung derselben erstattete B. H. um die Abrechnung der Agitationskommission, welche eine Einnahme von 106 M. 53 Pf., eine Ausgabe von 20 M. 16 Pf., und somit einen Bestand von 86 M. 37 Pf. aufwies. Von dieser Summe stehen aus 86 M. 43 Pf., mithin beträgt der bare Kassenbestand 49 M. 94 Pf. Hierauf wurden Lange, Schwach und Benthan zu Revisoren gewählt; die Agitationskommission wurde aus den Kollegen Lange, Heine, Malowial und Schmolling zusammengelegt. Der Streit-Kontrollkommission wies die Versammlung 10 M. als Beitrag zu den Unkosten für die Gewerdegewerkschaften zu. Ferner wurden die Kollegen, welche der Orts-Kassenkasse der Schuhmacher angehören, aufgefordert, in der am 21. November Kommandantenstraße 21 stattfindenden Versammlung zu er-scheinen. Nachdem noch zum Besuch des Weihnachtskränzchens aufgefordert worden war, fand Schluß der Versammlung statt.

In einer Versammlung des Krankenunterstützungsbundes der Schneider und Vernfegenossen, welche kürzlich stattfand, wurden, nachdem die Abrechnung der Hauptkassa vom 2. Quartal und die der Lokalkassa vom 3. Quartal verlesen und genehmigt war, folgende Personen für das Jahr 1893 in die Lokalverwaltung gewählt: August Zilm als Kassirer, Heinrich Jeschonek als Bevollmächtigter, Paul Bäcker als Schrift-führer, Franz Boche als 1. Beisitzer, Reinhold Schöber als 2. Beisitzer, ferner als Revisoren die Kollegen Oskar Lorenz, Wilhelm Schütze, Karl Reising, Adolf Schwandt und Hermann Kaubars. Sodann wurde beschlossen, das Bureau nach der Schützenstr. 18, Restaurant Freygang, zu verlegen. Zum Schluß wurde noch der Antrag angenommen, im Februar einen Rosenball zum Besten unterstützungsbefürhtiger kranker Mit-glieder zu veranstalten.



## Parteitag

### der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Sechster Verhandlungstag.

Berlin, 21. November 1892.

Der Vorsitzende Singer eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr mit der Mitteilung eines Begrüßungsschreibens der Prager Genossen, die aber gegen den Beschluß des Parteitages in Sachen der Meißener Protesten und der Arbeitsruhe festzuhalten erklären.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Mit großer Majorität wird zunächst ein Antrag Emmel-Saandbrücken angenommen, wonach das Gehalt des künftigen Kassiers gleichgestellt werden soll mit dem der Parteisekretäre; der Kassier soll dafür die Ordnung und Verwaltung des Partei-Archivs übernehmen.

Die übrigen Gehälter der Vorstandsmitglieder bleiben unverändert.

In die Parteileitung gewählt sind: Weber und Singer zu Vorsitzenden mit je 217 Stimmen (7 Stimmen gesplittet). Kuer und Fischer zu Sekretären mit 217 resp. 182 Stimmen (20 Stimmen gesplittet, auf Städtgen fielen 23 Stimmen) und Gerisch mit 206 Stimmen zum Kassier (7 Stimmen gesplittet).

Zu Kontrollreuten werden gewählt: Kaden-Dresden (177 St.), Meister-Hannover (170 St.), Ewald-Brandenburg (172 St.), Herbert-Stein (169 St.), Dubber-Hamburg (161 St.), Jacoben-Berlin (136 St.), S. Schulz-Berlin (125 St.), die übrigen Stimmen gesplittet; auf 13 andere Kandidaten.

Der Antrag: Der Parteitag bestimmt das Gehalt des Chefredakteurs des „Vorwärts“ ist von neuem eingebracht worden.

Singer erklärt die Wiederaufnahme eines bereits einmal abgelehnten Antrages an sich für unzulässig, läßt aber dem Parteitag die Entscheidung darüber, ob dieser Antrag überhaupt zur Verhandlung gestellt werden dürfe.

Die Majorität lehnt die Beratung ab.

Als Orte für den nächsten Parteitag werden Köln, Halberstadt, Stuttgart und Leipzig vorgeschlagen.

Köln wird mit Rücksicht auf die Belämpfung des Zentrums (von den 68 Wahlkreisen der Rheinprovinz gehören 27 dem Zentrum).

Halberstadt mit Rücksicht auf die Agitation unter der Landbevölkerung.

Stuttgart mit Hinweis auf die agitatorische Wirkung für Süddeutschland empfohlen.

Gegen Leipzig wird das sächsische Versammlungsrecht geltend gemacht.

Der Parteitag bestimmt mit großer Majorität Köln.

In der Beratung der aus der Mitte der Parteigenossen gestellten Anträge wird fortgefahren.

Eine Reihe von Anträgen findet nicht die nötige Unterstützung.

Der Antrag der Genossen in Friedberg in Hessen: Der Parteitag möge beschließen, daß der Parteivorstand angefordert wird, für die Agitation in dem Wahlkreis Friedberg-Büdingen einige tüchtige Agitatoren zur Verfügung zu stellen — wird von Schmidt-Friedberg zurückgezogen, weil der Antragsteller der Ansicht ist, daß der Vorstand aus eigener Initiative die Agitation gegen den Antisemitismus in Hessen und zur Aufklärung der Landbevölkerung unterstützen werde.

Der von N. Schwarz und den Genossen des 8. Hamburger Wahlkreises gestellte Antrag: „Der Parteitag möge zur Krankenfrage, speziell zu den freien Hilfsklassen Stellung nehmen,“ findet nicht die nötige Unterstützung.

Die Genossen in Apolda beantragen: „Die Vertrauensmänner derjenigen Orte, an welchen wichtige Gerichtsentscheidungen gefällt werden, sind verpflichtet, dieselben mit Begründung des Urtheilspruches schnellstens an den Parteivorstand zur Veröffentlichung im „Vorwärts“ einzusenden.“

Der Antrag wird abgelehnt, nachdem Weber und Städtgen darauf aufmerksam gemacht, daß der „Vorwärts“ hierzu keinen Raum habe. Nur manche Urtheile seien von Wichtigkeit. Redner warnt bei dieser Gelegenheit davor, bei ganz gleichgültigen Dingen, wo es sich um

Strafen von 3 oder 5 M. handle, den Prozeß bis zur letzten Instanz zu treiben. Ganz horrenden Summen müßte die Partei-Lasse für die Kosten aufbringen.

Die Parteigenossen in Köln beantragen: „Zur Hebung und Belebung der Parteitagation in Rheinland und Westfalen, wo das Zentrum dominiert, hat der Vorstand von Zeit zu Zeit in Verbindung mit den Agitationskomitees der einzelnen Provinzen größere Agitationsreisen zu veranstalten und für geeignete Agitatoren zu sorgen.“ Wird abgelehnt, nachdem

Kuer darauf aufmerksam gemacht, daß schon jetzt alles geschehe, was überhaupt geschehen könne. Solche allgemein gefasste Anträge hülfen zu gar nichts. Wohl in keiner Provinz gebe es eine größere Zahl tüchtiger begabter Agitatoren, als gerade im Rheinland. Der Wein, der die Junge löst, erweise auch in Rheinland seine Kraft. (Hinterlächeln.)

Ueber den Antrag des Parteigenossen Dalkens in St. Jürgert, der Pflege des internationalen Gedankens und Bestrebens in der Partei mehr Aufmerksamkeit schenken zu wollen, wird zur Tagesordnung übergegangen, da die Partei es hieran niemals hat fehlen lassen.

Der Antrag des Genossen Stablow in Galle: „Kapitalbesitzende Genossen zu eruchen, in den ländlichen Bezirken Lokale zu erwerben und dieselben an parteigenössliche Wirthe zu verpachten, um so den Lokalmangel zu heben,“ wird mit einiger Heiterkeit aufgenommen und findet keine Unterstützung.

Die Parteigenossen des 2. Berliner Wahlkreises beantragen: „Die Parteigenossen erwarten, sobald der Parteitag gesprochen, von einem jeden Genossen die Respektierung der Beschlüsse desselben, damit es in Zukunft vermieden wird, daß Streitigkeiten innerhalb der Partei, hervorgerufen einerseits durch Erörterungen parteipolitischer Fragen in Bourgeois-Blättern, andererseits durch Interviews gegnerischer Zeitungsvertreter, stattfinden, die nur geeignet sind, die Presse der Gegner mit Sensationsstoff zu versehen, der Partei selbst aber leicht Schaden können.“

Antick-Berlin spricht sich gegen die Interviews aus und wendet sich besonders gegen das Interview eines amerikanischen Berichters mit Bismarck, in dem dieser gesagt haben solle, wir würden nie die Landbevölkerung gewinnen und die Majorität im Reichstag erlangen.

Durch derartige Interviews werde weiter nichts bezweckt, als daß der Landagitation ein Knäppel zwischen die Beine geworfen werde. Wer was auf dem Herzen habe, der möge doch die Parteipresse event. die „Neue Zeit“ benutzen.

Er himme ganz mit Dieblrecht überein, der gesagt habe, nur eine Ballettse oder ein abgelakelter Staatsmann habe es nöthig, sich interviewen zu lassen.

Weber: Ich lege der ganzen Frage keinerlei Bedeutung bei. Zudem ist die Resolution im ersten Theil ganz unklar gefasst; es müßte dort bewiesen werden, ob Genossen die Parteigrundsätze nicht respektirt hätten; dann gehörten sie nicht mehr zur Partei. Auf die Frage der Interviews übergehend, meint Redner, daß alles, was von hervorragenden Genossen gesagt wird, von der gegnerischen Presse entstellt wird. Sehen Sie sich doch heute oder morgen die Blätter an, wie unsere Verhandlungen zum Theil entstellt werden. Dagegen können wir nichts machen, wir müssen uns eben endlich einmal eine Rhinoceroshaut dagegen anschaffen. Ich habe früher einmal berichtet, jeht ihue ich es nicht mehr, weil es doch nichts nützt. Redner ist davon überzeugt, daß keiner der interviewten Genossen etwas gesagt habe, was die Partei schädigt.

Eine andere Frage ist die, ob das was gesagt wird, richtig wiedergegeben wird. So ist kürzlich ein Interview von mir im „Figaro“ enthalten gewesen, daß so richtig wiedergegeben ist, daß ich mich geradezu geirrt habe.

Aber am Schluß kam eine eigene Bemerkung des Interviewers, die Verwirrung anrichten müßte und auch ungerichtet hat. In England sind Singer und ich über wichtige Fragen interviewt worden.

Die gesammte englische Presse gab unsere Ausführungen richtig wieder, in Deutschland war dies natürlich nicht der Fall. Man muß sich halten, daß es Prinzip der Gerechtigkeit ist, unsere Partei auf alle nur mögliche Weise herauszusetzen.

Dieblrecht: Mein Urtheil über die Interviews, daß ich in der Versammlung im Gießler gefaßt, habe ich in keiner Richtung einschränken oder zu modifizieren. Ich sagte dort nicht, daß ich mich überhaupt niemals habe interviewen lassen, sondern,

daß ich in den Interviews seit meiner amerikanischen Reise ein Haar gesunden hätte. Diese Reise liegt mehrere Jahre zurück und ich habe mich in dieser Zeit nicht mehr interviewen lassen. Das kann ich freilich nicht verhindern, daß aus ein paar Worten, die ich im Gespräch fallen lasse, ein Interview von mehreren Seiten gemacht wird. Ich meine, jeder von uns, der des Wortes und der Schrift mächtig ist, thut besser daran, wenn er etwas zu sagen hat, es selbst und nicht durch irgend einen Mittelsmann zu thun. Das ist meine Praxis. So komme ich in keine Verlegenheiten. Jedesmal, wenn ein Interview von mir in der gegnerischen Presse erscheint, ist es erstunken und erlogen. Das bitte ich für die Zukunft zu beachten und wünsche nur, daß jeder Parteigenosse sich meiner Praxis anschließen möge; das ist für den Betreffenden angenehm und die Partei hat wahrlich keinen Verlust dabei.

Antick zieht nach dieser Debatte den Antrag zurück.

Ueber den Antrag: Der Parteitag protestirt gegen die Maßregelung der Krupp'schen Arbeiter, wird zur Tagesordnung übergegangen, weil es sich um einen einzelnen Fall handelt, zu dessen Beurtheilung dem Parteitag das tatsächliche Material nicht vorliegt.

Der Antrag: Die Fraktion hat in der nächsten Session den achtstündigen Normal-Arbeitstag zu beantragen, wird für bereits erledigt erklärt, da der Parteitag alle Anträge zur parlamentarischen Thätigkeit der Fraktion zur Eröadung überwiesen hat.

Kugustin beantragt: „In Erwägung, daß die Verstärkung der sozialen Gegensätze, die zunehmende Arbeitslosigkeit, die wachsende Ausbeutung des Proletariats durch die bestehende kapitalistische Herrschaft bewirkt wird, daß der Kampf zwischen Kapital und Arbeit sich immer mehr verschärft, die Interessen der Arbeiter von der einen „reaktionären Masse“, die alle bürgerlichen Parteien bilden, immer mehr unterdrückt werden, weist die Sozialdemokratie jeden Kompromiß mit anderen Parteien — gleichviel ob direkt oder indirekt — zurück und empfiehlt den Genossen, bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten sich stets der Stimmentrage zu enthalten.“

Zu Gunsten dieses Antrages wird der Antrag der Parteigenossen des 6. Berliner Wahlkreises zurückgezogen: Den im 5. Berliner Wahlkreise angenommenen Antrag Dr. Litgenau's, Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien bei Stichwahlen abzuschließen, sobald sich dieselben verpflichten, für den Achtstundentag einzutreten, zu verwerfen.

Kugustin-Berlin empfiehlt seinen Antrag: wir wollen keinerlei Kompromiß.

Jacoben-Berlin befürwortet den Antrag der Genossen im 6. Berliner Wahlkreise. Der Gegner würde die gewünschten Versprechen nicht geben, oder, wenn er sie gäbe, nicht halten. Er erinnert an den Fall des Abg. Müllensiefen, der auch das Versprochene nicht hielt. Wir wollen aussprechen, daß kein bürgerlicher Kandidat jemals unsere Stimmen bekommen darf.

Bogher spricht für die Resolution Kugustin. Er tadelt den Beschluß, den der 5. Wahlkreis auf Antrag Litgenau's gefaßt habe. Es habe keinen Zweck, den Gegnern unsere Forderungen im voraus mitzutheilen. Die bürgerlichen Klassen würden sich ins eigene Fleisch schneiden, wenn sie den Achtstundentag bewilligten. Es liege eine Verleugnung des Wesens der bürgerlichen Parteien darin, wenn man es für möglich halte, daß sie auf eine derartige Forderung eingehen. Wir hätten die Verstärkung der Arbeitszeit aus eigenen Kräften durchzusetzen. Schon recht oft sei beschlossen worden: Stimmenthaltung bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten, und wir könnten nichts anderes thun, als daselbe nochmals zu beschließen.

Fräulein Dresden plädirt gleichfalls für Stimmenthaltung und theilt mit, es habe in Sachsen Stimmen hervorgehoben, daß der fünfte Berliner Wahlkreis auf Antrag des Genossen Litgenau eine Taktik der Kompromisse gebilligt habe.

Dieblrecht: Darüber ist in der Partei kein Zweifel und kann keine Meinungsverschiedenheit bestehen, daß Kompromisse mit gegnerischen Parteien nicht abgeschlossen werden dürfen. Wir könnten in den preussischen Landtag einige der Unserigen bringen, wenn wir die Fortschrittspartei — die einzige Partei, die dabei in Betracht kommen könnte — unterstützen und sie uns dafür einige Sitze überlassen würde. Derartige Anträge sind unter der Hand — nicht offiziell — schon einige Male an uns gestellt worden. Wir haben sie stets abgelehnt, denn einen größeren taktischen Fehler könnten wir nicht begehen, als heute Arm in

## Freie Volksbühne.

Die zweite Vorstellung im dritten Spielfahr brachte am Sonntag für die 1. Abtheilung: „Der freie Wille“, Schauspiel in 8 Aufzügen von Hermann Faber. Der Verfasser hat sein Stück nicht, wie das seit einiger Zeit Mode geworden ist, „soziales Drama“ genannt. Es verdient diese Bezeichnung aber viel eher als zwei oder drei Tugend anderer Stücke, die sich damit schmücken. Von einem Stück, das diese Bezeichnung mit Recht tragen soll, muß man verlangen, daß es uns die Gemüths- und charakteristischen Züge vorführt und ihre treibenden Motive aufweist. Das Faber'sche Schauspiel zeigt uns die moderne Gesellschaft in ihrem charakteristischsten Zuge und in ihrem mächtigsten, keine alle in noch treibenden Motive, in ihrer Unterwerfung unter die Allgewalt des Besitzes, in der uneingeschränkten Herrschaft des wirtschaftlich Starken über Leib und Seele des wirtschaftlich Schwachen, in der ohnmächtigen Abhängigkeit des wirtschaftlich Schwachen von der Sorge um das liebe Brot, die kein Wollen gestattet, sondern nur ein Müssen kennt.

Theodor Haller hat sein akademisches Studium wegen Mittellosigkeit vorzeitig abbrechen müssen und ist Journalist geworden. Es hat dann ein armes Mädchen geheiratet und ist jetzt Vater eines sechsjährigen Knaben. Aber in seinem neuen Beruf will es ihm, trotz glänzender Begabung, ebenso wenig gelingen, sich eine Existenz zu schaffen. Er hält es bei seiner Stellung lange aus; denn, wie seine Schwiegermutter von ihm sagt, er kann sich mit niemandem vergleichen. Nachdem er wieder eine Redakteurstelle aufgegeben hat, weil er die Schwere eines Redakteurs in der Politik nicht mitmachen wollte, muß er sich wieder Monate lang mit Weib und Kind mühsam durchschlagen, indem er wieder, wie früher, gegen elende Bezahlung Privatstunden giebt. Da wird ihm an einem anderen Blatte seiner Richtung der Posten des Chefredakteurs angeboten, und ihm völlige Unabhängigkeit der Meinung zugesichert. Er muß jedoch bald erkennen, daß der Besitzer der Zeitung, Julius Wendorf, ihm diese finanzielle Theil soll Wendorf's eigenen Interessen dienen. Die ihm geleitete Maschinenfabrik „Victoria“ ist in eine Aktien-Gesellschaft umgewandelt worden, und fast die Hälfte der Aktien ist in seinem Besitz. Die Fabrik ist im letzten Jahre sehr zurückgegangen. Ueberdies wird ein Patent, von dessen Ausbeutung ihre Existenz abhängt, bestritten. Wendorf, der den Verlust des Prozesses für ziemlich sicher hält, will noch vor der Entscheidung die Aktien unter das Publikum bringen, um sich selber vor finanziellen Schäden zu sichern. Haller soll einen nach Wendorf's Angaben dem Mitarbeiter Thiele, einer Kreatur Wendorf's, verfaßten Aufsatz, der die Verhältnisse der „Victoria“ als glänzend

schildert und zum Kauf der Aktien animirt, ohne eigene Prüfung der Lage in das Blatt aufnehmen. Er weigert sich und fordert, da Wendorf auf Aufnahme besteht, seine Entlassung. Nach schwerem Kampfe läßt er sich jedoch durch die Rücksicht auf seine Familie und die Angehörigen seiner Frau bestimmen, einen ihm von Wendorf angebotenen Kontrakt, der ihm die Stellung auf fünf Jahre sichert, anzunehmen und den Artikel zu bringen. Seine Angehörigen genießen die ihnen durch dieses Opfer verschaffte sorgenlose Wohlthätigkeit, ohne zu ahnen, wie er darunter leidet, daß er nicht den Muth der Ueberzeugung besitzen hat, nicht besitzen dürfte. Seine Frau Marianne durchschaut endlich den Sachverhalt, den er selber bestreiten muß. Sie, die einst dem Wunsche der Eltern, einem reichen, aber ungeliebten Manne zu folgen, widerstand und aus freiem Willen den armen Haller heirathete, weicht entsetzt zurück bei der Erkenntnis, daß Haller um ihrer Ruhe und Sorgenfreiheit willen seine Gesinnung verleugnet und seine Ehre verkauft hat. Da fordert Haller noch einmal seine Entlassung und besteht auch darauf, als er erfährt, daß der Patentprozeß inzwischen gewonnen ist, und der Artikel jetzt der Wahrheit entspricht. Wendorf entläßt Haller, dessen geachteten Namen er jetzt nach dem glücklichen Gelingen seiner Finanzoperationen nicht mehr braucht, mit den Worten: „Zwingen will ich Sie nicht. Bei mir hat jeder seinen freien Willen.“

Ein Theil derjenigen, welche die Schaubühne als moralische Anstalt oder, wie man heutzutage sagt, als Volksbildungs- und Volksveredelungs-Institut betrachteten, wird von diesem Schluß sehr erbaunt sein, weil er den wenn auch etwas verspäteten Muth der Ueberzeugung zu predigen scheint. „Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei, und würd' er in Ketten geboren!“ Aber der Dichter läßt Marianne's Schwester Paula die Rückkehr zum „freien Willen“ nicht mitmachen. Sie hat, um sich zur Sängerin anzubilden zu können, dem Liebeswerben von Wendorf's Sohn Dr. Richard Wendorf nachgeben müssen und für den Preis ihrer Ehre sich seine und seiner Freunde einflussreiche Protection und damit ein erstes Engagement verschafft. Daß sie auf Haller jetzt vollends nicht mehr rechnen kann, das wird sie in der einmal eingeschlagenen Karriere nicht aufhalten, sondern gerade vorwärts bringen. Sie wird immer höher hinauf, weil immer tiefer hinab steigen. „Was bleibt uns denn anderes übrig?“ entthuldigt sie sich. „Was bleibt mir übrig?“ jagt schließlich auch Theodor Haller. Und so denken Tausende, Zehntausende, in hassen Feindtausende denken.

Es giebt allerdings auch Querschnitte, die wider den Stachel lösen und, wie das zuletzt auch Haller thut, ihre Existenz hingeben, um sich selber wieder zu gewinnen. Als ob der wirtschaftlich Schwächerer jemals sich selber gehören könnte! Freilich, es scheint eine laze Moral zu sein, dieses „Was

bleibt mir übrig?“ und, wie weit man damit kommen kann, beweist Thiele, der nur eine Pflicht kennt: die Pflicht, sich zu erhalten, — wenn es sein muß, durch den Ruin anderer. Aber das Kugensgraber'sche Wort: „Armut demokratisirt“, ist eben nur zu wahr, wenngleich es erst dadurch vollständig wird, daß man hinzusetzt: „Reichthum auch, und vielleicht noch mehr.“

Am Ende ist es wohl gar ein bedenkliches, gefährliches Waagspiel, zu zeigen, daß der wirtschaftlich Abhängige, der Besitzlose, keinen freien Willen hat, also auch für seine Handlungen, wenigstens für die Gesamtrichtung seines Handelns nicht verantwortlich gemacht werden kann! So bedenklich und gefährlich, wie der einem Gärtner erteilte Rath, nicht an den Blättern und Wäthen eines kranken Baumes herumzukuriren, sondern ihn in einen gesunden Boden zu verpflanzen. Der andere Theil derjenigen, welche die Schaubühne als eine moralische Anstalt betrachteten, werden wissen, daß die „Moral“ des Stückes gerade darin erblickt, daß es zeigt, daß der wirtschaftlich Schwache, wenn er nicht seine Existenz vernichten will, keinen freien Willen hat, daß die wirtschaftliche Unfreiheit die wahre Unfreiheit ist.

Die Aufführung, die im „Nationaltheater“ stattfand und von dem bis in die letzten Winkel gefüllten Hause mit stürmischen Beifall aufgenommen wurde, war höchst gelungen. Herr Wesselsky brachte für den eigensinnigen Dickkopf, der die Welt so haben möchte, wie sie sich in seinem gegen die tatsächlichen Verhältnisse hartnäckig verschlossenen Schädel wälzt, nicht nur ein tüchtiges Können, sondern auch eine passende Figur und Mäule mit. Er gab den Haller recht als „großen Hund“. Fräulein Marie Ernst (vom Vestfingtheater) spielte die Rolle der Marianne in schlichter und zu Herzen gehender Weise. In der Rolle des alten Wendorf zu Herzen gehender Weise. Herr Gabel gab guter Charaktersteller. Herr Jürgas (vom Vestfingtheater) gab den jungen Wendorf, Haller's ehemaligen Schüler, in packender Lebenswahrheit als den eleganten Lämmel, dem man es anmerkt, daß er seine „Bildung“ schlecht bezahlten Dandelehren, und seinen gesellschaftlichen Schluß gut bezahlten Maitressen verdankt. Fräulein Gräp stattete die Paula mit dem nothen Leichtsinns sitzigen erregener, mit des Lebens Freuden nur durch Hörensagen bekannt gewordener Tochter des Kleinbürgerthums aus, der vor einem blöden Stüber mit Glacehandschuhen, Lackseifen, Monocle und gefüllter Börse sofort zu heller Flamme ausleuchtet. Dem Thiele wußte Herr Jüsel jenes ungewisse Feld Dunkel, die eigenthümliche Zweifelsimmung zu verleihen, die über solchen zweifelhaften Existenzen zu schweben pflegt. Gelungene Leistungen boten auch Herr Stiehl und Frau Brehm als Marianne's Eltern. Herr Böder (vom Vestfingtheater), welcher das Stück wirkungsvoll inszenirt hatte, wurde nach dem 2. und 3. Akt gerufen. W.



Arm mit einer Vorzeit zur Wahrung zu marschieren, die wir morgen auf das entscheidende Schlachtfeld führen. Das heißt die Demoralisation in die eigene Arme tragen, wäre Verrat an den Prinzipien und Interessen des Proletariats. Bei den Stichwahlen liegt die Sache aber doch anders. So oft der Beschluß auf Parteitag auch schon gefaßt worden ist, bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten sich der Stimmabgabe zu enthalten, so oft ist er in der Praxis doch gebrochen worden. Hierbei handelte es sich nicht um Kompromisse und Preisgeben der Grundzüge, sondern aus taktischen und praktischen Gründen entschloß sich die Parteigenossen gleichsam instinktiv in jedem einzelnen Falle zur Beteiligung. Redner würde einen Beschluß, der die Haltung der Partei dahin festlegt, bei Stichwahlen nicht zu wählen, für einen großen Fehler halten.

Bei der letzten Wahl hat sich die Partei, für die Gegner des Sozialistengesetzes bei den Stichwahlen einzutreten, als durchaus richtig erwiesen. Die Macht, mit der Bismarck fortgesetzt wurde, wäre nicht so groß gewesen, wenn anders verfahren worden wäre. Nun hat der Fortschritt freilich seinerseits bei den Stichwahlen gegen uns gestimmt. In der Politik aber ist der Kerger der schlechteste Maßgeber. Wir haben kein Recht von einem "Verrat" der Parteigenossen zu sprechen, weil wir kein Schachergeschäft mit ihnen abgeschlossen hatten, bei dem sie uns verraten könnten. Redner bittet, die Partei nicht durch einen Beschluß für die Stichwahlen festzubinden.

Dr. Sagenau: Ich ersuche, den Antrag Augustin abzulehnen. Reifliche Beschlüsse sind oft gefaßt, aber nie gehalten worden, also waren sie fehlerhaft. Es giebt noch eine höhere Instanz in der Partei, als der Parteitag, das ist die Urabstimmung. Das Stimmrecht der Parteigenossen bei den Stichwahlen von 1887 und 1890 ist eine solche Urabstimmung zu Gunsten der Wahl gewesen. Ich hoffe, der Parteitag wird nicht obermals den Fehler machen, den Parteigenossen eine Haltung vorzuschreiben, die sie inhaltlich nicht einnehmen können, ohne Interessen der Arbeiterklasse und der Partei preiszugeben. Ein solches Stimmrecht für einen bürgerlichen Kandidaten ist kein Kompromiß. Ich will den bürgerlichen Kandidaten gewählt wissen, der außer zu korrekten Abstimmungen in den allmählichen Fragen — z. B. jetzt eventuell in der Militärvorlage — für ein Achtundsechzig zu stimmen sich verpflichtet. Alle anderen Angaben über meinen Vorschlag sind entfällt. Es würde für Eugen Richter ein großer Schmerz sein, drei Mann in seine Fraktion einzuziehen zu sehen, die sich auf den Achtundsechzig verpflichtet haben. (Heiterkeit.) Die Achtundsechzig muß aktuell werden, es ist eben höchste Zeit für den Achtundsechzig. Bewerben wir die Resolution Augustin, soweit sie die Stimmabstimmung fordert.

Riesel - Berlin und Jäh nig - Halle empfehlen den Antrag Augustin.

Der Antrag Augustin wird in seinem ersten Theile bis zu dem Worte "zurück" einstimmig angenommen. Der Schlußsatz, der die Wahlenthaltung bei den Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten empfiehlt, wird mit schwacher Mehrheit abgelehnt.

Der Punkt "Persönliches" gelangt zur Verhandlung. In dem Antrage der Breslauer Genossen, den St. Gallener Beschluß, soweit er sich auf den Genossen Bruno Geiser bezieht, außer Wirksamkeit zu setzen, erhält das Wort Max - Breslau, der hervorhebt, Geiser sei in den ganzen 4 Jahren seit jenem Beschluß ein überaus tüchtiger Genosse gewesen. In Wort und Schrift habe er viel Anerkennenswerthes geleistet, und das, was er seiner Zeit verbrochen habe, habe er längst wieder gut gemacht.

Ullenkamp - Eisenfeld schließt sich dieser Ansicht voll und ganz an. Geiser habe für das Rheinland vorzügliche Artikel gegen das Zentrum geleistet. Man möge einen so brauchbaren Genossen wieder rehabilitieren.

Genossin Kumerl tritt gleichfalls für den Antrag ein; in Breslau nähme Geiser eine der ersten Stellen in der Partei ein, er sei in ganz Schlefien die geistig wichtigste Person, und die Breslauer würden Geiser, der zu den beliebtesten Versammlungsgredneren gehöre, gern als Stadtvorordneten aufgestellt haben, wenn dem nicht der St. Gallener Beschluß entgegengestanden hätte.

Rechtsanwalt Maruse in Breslau, der kein Parteigenosse sei, habe nach Prüfung der Akten und Petrogung der Beteiligten erklärt, daß Geiser's Verhalten während des Breslauer Geheimbunds-Prozesses ein musterhaftes gewesen sei.

Löwenstein - Nürnberg: Die Nürnberger sind einstimmig der Ansicht, daß der seiner Zeit berechtigt gewesene St. Gallener Beschluß jetzt aufgehoben werden möge.

Hoch - Frankfurt a. M. behauptet, einen anderen Ton in die Debatte bringen zu müssen. An dem St. Gallener Beschluß könne nichts geändert werden. Anders sei es, wenn die Breslauer Genossen Geiser eine Vertrauensstellung geben würden. Dann könne sich der Parteitag mit dieser Frage beschäftigen. Die Sache dürfe nicht über's Knie gebrochen werden; ein Schiedsgericht, Vernehmung der Beteiligten sei notwendig. (Widerpruch.)

Redner - Berlin bittet, Geiser zu verzeihen, nachdem die in erster Linie in Betracht kommenden Breslauer Genossen verzeihen hätten.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag von Breslau wird mit einem Amendement Stadthagens - Einfügung der Worte: "zweiten Theil des ... zwischen den" und "St. Gallener Beschluß" - mit großer Majorität angenommen.

Parteigenosse Kiewann in Chemnitz beauftragt: Die Differenz zwischen den Chemnitzer Genossen und Niemann durch ein Schiedsgericht zum Austrag bringen zu lassen.

Nach längerer Debatte wird ein Antrag Auer mit großer Majorität angenommen, welcher eine Regelung des Falles Niemann durch ein Schiedsgericht empfiehlt.

Ueber den Antrag einer von Solalauschütz deutscher Sozialisten in Zürich einberufenen öffentlichen Versammlung: "Der Parteitag möge beschließen: der im vorigen Jahre auf dem Parteitag zu Erfurt gefaßte Anschließbeschluß ist rückgängig zu machen und anzustößen", wird zur Tagesordnung geschritten.

Ueber den von Heinrich - Altona gestellten Antrag, daß Subventionen an die Parteifläkter, die die Summe von 1000 M. übersteigen, künftig nur nach Zuziehung der Kontrollen vom Vorstand bewilligt werden dürfen, entspinnt sich eine längere Debatte.

Heinrich - Altona, Meißner - Hannover treten warm für den Antrag ein.

Bebel und Auer bekämpfen ihn, weil er nicht an den Thatfachen ändere, das Institut der Kontrollen der Partei beinträchtigt und praktisch unausführbar sei.

Der Antrag Heinrich wird abgelehnt.

Die Beratungen werden der Mittagspause wegen unterbrochen. Der Vorlesende verliest noch eine Mittheilung aus Erlangen, wonach die dortigen Gewerbegerichts-Wahlen der Sozialdemokratie einen glänzenden Erfolg gebracht haben, sowie einen Dreihundert von Berliner Anarchisten, welche Liebkecht eine Angel durch den Kopf in Aussicht stellen, wenn er die Denunziationen und Beschimpfungen der Anarchisten im "Vorwärts" weiter forsche und zielbewusste Arbeiter - Ballonmänner und Lumpen nenne. Dergleichen wollten sie die Redaktion des "Vorwärts" in die Luft sprengen. "Eine Wunde genügt."

Die Verlesung des Briefes ruft die stürmische Heiterkeit des Parteitages hervor.

Singer: Die Aufschrift ist mit einigen Namen unterzeichnet. Es fällt mir nicht ein, sie zu verlesen, weil ich den Parteitag auch vor dem Schein bewahren möchte, daß er durch Nennung der Namen einigen Narren Unannehmlichkeiten bereiten wolle. (Lebhafte Zustimmung.)

Schluß 1 1/2 Uhr.

### Nachmittags-Sitzung.

Die Verhandlungen werden um 8 Uhr wieder eröffnet. Den Bericht der Siebenerkommission erhaltet H. Gerisch: Nach 2 1/2 tägiger erschöpfender Untersuchung hat die Kommission folgenden Beschluß gefaßt: Dem Antrage der Solinger, welcher lautet: "Der Parteitag möge der Reichstags-Fraktion den Auftrag geben, den Abgeordneten Schumacher aus der Fraktion auszuschließen," ist keine Folge zu geben aus folgenden Gründen:

Die Kommission hat festgestellt, daß im Solinger Wahlkreise seit einer Reihe von Jahren Streitigkeiten stattgefunden, welche ihre Spitze vornehmlich gegen den Genossen Gg. Schumacher richteten. Bedauerlicherweise setzten sich die dortigen Genossen über jede taktische Rücksicht hinweg, und brachten ihre in der Hauptsache kleinsten gegenseitigen Anschuldigungen vor die breite Öffentlichkeit, wodurch sich die Verhältnisse zur Untrüglichkeit gestalteten. Durch ein von dortigen Genossen gegen Schumacher veröffentlichtes Flugblatt wurde die Gegenseite auf die höchste Spitze getrieben. Die Genossen haben damit einen Weg eingeschlagen, der aufs entschiedenste zu vermeiden ist, denn sie verletzen dadurch, abgesehen von den taktischen Rücksichten, unsere Organisation. Es ist dieser Schritt um so mehr zu bedauern, als zweifellos festgestellt wurde, daß die Anschuldigungen des Flugblattes im wesentlichen sich als unwahr herausgestellt haben.

Dagegen kann dem Genossen Schumacher der Vorwurf nicht erpart werden, daß er die durch seine hervorragende Stellung und seine langjährigen Erfahrungen in der Parteibewegung gebotenen parteigewöhnlichen Rücksichten und taktischen Erwägungen außer Acht ließ, wodurch er die Unzufriedenheit vollständig steigerte. Es ist dieser Streit um so bedauerlicher, als sich auch nicht ein Schein vor principielle Meinungsdivergenzen zwischen den streitenden Genossen ergeben hat.

Der Parteitag verlangt deshalb von den Genossen, daß sie ihre persönlichen Empfindungen hintanzusetzen und schließens eine Einigung herbeiführen, um in Einigkeit den Kampf gegen unsere natürlichen Gegner führen zu können.

Der Parteitag verlangt deshalb von den Genossen, daß sie ihre persönlichen Empfindungen hintanzusetzen und schließens eine Einigung herbeiführen, um in Einigkeit den Kampf gegen unsere natürlichen Gegner führen zu können.

Die drei Delegirten des Wahlkreises haben sich bereit erklärt, folgende Erklärung in dem Solinger Parteiblatt zu veröffentlichen:

Schon seit einigen Jahren haben in unserem Wahlkreise Streitigkeiten platzgegriffen, welche für unsere Sache im höchsten Grade schädlich wirkten. Die gegenwärtige Erbitterung hat einen Theil der Genossen veranlaßt, ein Flugblatt zu verbreiten, welches sich in den schärfsten Anschuldigungen gegen unseren Abgeordneten und Genossen Georg Schumacher wendet. Wir haben unseren Streit dem Parteitag zur Untersuchung und Entscheidung vorgelegt. Derselbe hat festgestellt, daß der Inhalt des verbreiteten Flugblattes im Großen und Ganzen der Wahrheit nicht entspricht, daß er nur der Ausdruck der langjährigen persönlichen Streitigkeiten ist.

Wir erklären hiermit, daß wir dem Beschlusse des Parteitages uns fügen, daß wir rückhaltlos die Anschuldigungen gegen den Genossen Schumacher zurücknehmen. Wir fordern die Genossen des ganzen Kreises auf, das Gleiche zu thun und die Streitigkeit zum Segen der Partei zu begraben.

Berlin, 20. November.  
Gg. Carl Strunf. Gust. Laßpau.  
Rob. Herder.

Auch Schumacher wird folgende Erklärung erlassen: "Nach obiger Erklärung finde ich mich veranlaßt, alle Beschuldigungen, die ich gegen Genossen unseres Wahlkreises gemacht haben soll, zurückzunehmen." Gg. Georg Schumacher.

Soweit die streitenden Parteien auf dem Kongress vertreten waren, ist es also zu einer Einigung gekommen. Nun handelt es sich darum, die Einigung auch im Kreise durchzusetzen. Redner spricht die Hoffnung aus, daß dies nach einiger Zeit, wenn die Gemüther sich beruhigt haben, gelingen werde.

In Sachen Auer - Prezyntski ist die Siebener - Kommission nach eingehender Verhandlung und nach Anhörung der als Zeugen vorgeschlagenen Personen zu folgendem Ergebnis gelangt:

Als erwiesen nahm die Kommission an, daß der Gewährsmann, welcher Genossen Auer die Mittheilung über Prezyntski machte, in Fällen gleicher Art sich als zuverlässig gezeigt hat. Freilich ferner, daß Prezyntski durch Vertretung von Umständen bereits früher unter dem Verdachte, im Dienste der Polizei zu stehen, zu leiden hatte. Die Kommission ist jedoch nach Prüfung der Sachlage, und nach Anhörung derjenigen Genossen, denen P. bereits von früher her bekannt war, zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein Beweis für die Verträglichkeit P.'s weder nach der einen noch nach der anderen Seite erbracht werden konnte, und daß daher Prezyntski als Genosse zu betrachten ist.

Andererseits fühlt sich die Kommission verpflichtet, ausdrücklich zu betonen, daß der Genosse Auer, nachdem ihm die auf P. bezügliche Mittheilung geworden war, im Interesse der Partei nicht anders handeln konnte als er gehandelt hat.

Es kann den Genossen Auer um so weniger ein Vorwurf treffen, da er unter Beobachtung aller in derartigen heißen Fragen gebotenen Vorkehrungen die Nachricht in verlässlicher Weise an die beteiligten, bzw. gefährdeten Genossen gelangen ließ.

Gg. Ehrhardt. Gerisch. Hoffmann. Koenen. Wegner. Stolle. Winterblum.

Der Referent bittet um Annahme der Kommissionsanträge. Der Parteitag stimmt dem Antrage der Kommission im Solinger Streitfalle gegen eine, im Falle Prezyntski einstimmig zu.

Singer spricht die feste Erwartung aus, daß nach diesem einheitlichen Beschlusse des Parteitages der Streit im Kreise Solinger endgültig beendet sein werde. (Beifall.)

Die Rekrate zu Punkt 9 und 10 der Tagesordnung (Krisen und Antisemitismus) werden abgelehnt.

Dagegen werden die beiden Resolutionen zu diesen Punkten ohne weiteres und mit großer Mehrheit angenommen. Sie lauten:

### Resolution.

Es liegt in der Natur des Kapitalismus, daß die von ihm erzeugten Krisen und Arbeitsunterbrechungen immer allgemeiner, aneinander und vorhereinander werden; daß die Auffassung des Eigentums, die Enteignung und Verelendung der sogenannten mittleren Gesellschaftsschichten mit steigender Geschwindigkeit vor sich geht; und daß durch Hungerlöhne und Arbeitslosigkeit für immer weitere Kreise ein Nothstand in Permanenz geschaffen wird.

Die notwendige Folge dieser zerstörenden Wirksamkeit des Kapitalismus ist, daß die Zahl der Eigentums- und Erwerbslosen sich fortwährend und in zunehmender Schnelle vermehrt.

Daher diese Folgen des Kapitalismus unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht zu beseitigen sind, und eine gerechte, menschenwürdige Organisation der menschlichen Arbeit und der menschlichen Gesellschaft nur durch den zur Herrschaft gelangten revolutionär-demokratischen Sozialismus zu erreichen ist, so haben doch Staat und Gemeinde auch in der heutigen Gesellschaft unbedingt die Pflicht, den Nothleidenden zu helfen und sie vor Hunger zu schützen. Da das Almosen entwürdig und die Hilfe am zweckmäßigsten durch die Beschaffung von Arbeit geleistet wird, so fordert der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden auf, der zu einer öffentlichen Katastrophe gewordenen Arbeitslosigkeit durch sofortige Inangriffnahme von Arbeiten im allgemeinen Interesse nach Möglichkeit zu steuern.

Angesichts des unaufhaltsam sich vollziehenden, immer weitere Volkskrise ins Verderben reisenden Auflösungsprozesses, der zwar einerseits dem Sozialismus die Wege ebnet, andererseits aber auch die Gefahr blinder Ausdrücke der Leidenschaft und der Verzweiflung erzeugt, ist es in verdoppelter Maße die Aufgabe

der sozialdemokratischen Partei, mit äußerster Anspannung aller Kräfte dahin zu arbeiten, daß alle Gesellschaftsglieder, die der Kapitalismus zum Elend verurtheilt, und die in ihm ihren Todfeind erblicken müssen, über ihre Interessen aufgeklärt und in die Armee der Sozialdemokratie; des zum wirtschaftlichen Klassen- und politischen Befreiungskampf organisierten Proletariats, eingereiht werden.

### Resolution.

Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt finden und zum großen Theil durch diese Entwicklung dem wirtschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verleumdung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzkampf besonders unbehagen wird, gegen das jüdische Ausbeutertum.

Dieser sein Ursprung zwingt den Antisemitismus zu Forderungen, die ebenso mit dem wirtschaftlichen wie politischen Entwicklungsstadium der bürgerlichen Gesellschaft in Widerspruch stehen, also fortschrittfeindlich d. h. reaktionär sind. Daher auch die Unterdrückung, die der Antisemitismus vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen findet.

Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeutertum muß notwendig erfolglos sein, weil die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche Gewerksform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt.

Da nun die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist, einerlei ob Juden oder Christen seine Träger sind, und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen, indem sie die Umwandlung derselben in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, wodurch aller Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie aller Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende bereitet wird, lehnt die Sozialdemokratie es ab, ihre Kräfte im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch falsche und darum wirkungslos werdende Kämpfe gegen eine Erscheinung zu versplittern, die mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt.

Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, welche jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten aufgezogenen Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntnis kommen müssen, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist und daß nur die Beseitigung des Sozialismus sie aus ihrem sozialen Elende befreien kann.

Bebel erklärt in seinem und Liebknecht's Namen, daß sie beide, um dem Wunsch der Genossen zu entsprechen, demnach in Berliner Volksversammlungen über die beiden Thematika (Krisen und Antisemitismus) sprechen und daß ihre Reden stenographisch aufgenommen und dann als Broschüren erscheinen sollten. (Lebhafte Beifall.)

Reich - Köln spricht im Namen der Delegirten dem Berliner Lokalkomitee den Dank für seine schwere und erfolgreiche Arbeit aus. (Lebhafte Beifall.)

Prohme - Altona stellt folgenden Antrag: Der Parteitag weist die Unterstellungen gegnerischer Blätter, insbesondere des "Hamburger Correspondenten": auf Vorschlag Bebel's sei die von Prohme beantragte Tagesordnung: "Sozialdemokratie und Reichsland" aus taktischen Rücksichten nicht aufgenommen worden, als unwahr und jeder Begründung entbehrend zurück.

Diese Resolution wird mit großer Mehrheit angenommen.

Damit sind die Arbeiten des Kongresses erledigt.

Das Schlußwort nimmt

Singer: Parteigenossen! Wir stehen am Schluß einer Woche, die reich an Arbeit, aber auch reich an erhabenden Momenten war. Ich darf mich im Namen des Parteitages aus vollem Herzen dem Dank an das Berliner Lokalkomitee anschließen. Es hat nicht nur durch sorgfältige Vorbereitung des Kongresses, durch das Arrangement des prächtig gelungenen Kongresses, sondern auch durch seine, pflichteifrige Tagesarbeit das Beste geleistet. Der Parteitag hat zu einer Reihe von Fragen Stellung genommen, die Diskussion hat sich frei und ungehindert nach jeder Richtung hin bewegt, und das Ergebnis war, was jedem Kraner unserer Partei von vornherein nicht zweifelhaft sein konnte: die volle Einmüthigkeit der Partei. Freilich, das wäre ja das schlimmste Zeichen von Verumpfung, wenn nicht differierende Meinungen in diesem und jenem Punkte zur Geltung gekommen wären. Aber das, was die Feinde erhofft, ist nicht eingetreten, konnte nicht eintreten, weil die Voraussetzungen dazu einfach nicht vorhanden sind. Das Wort im Willkommensgrüße der Berliner Genossen in ihrer Freisitzung, daß auf dem Kongress die Worte scharfer Kritik wie Pfeile, aber nicht wie vergiftete Pfeile, hin- und herliegen würden, es hat sich bewahrheitet. Ehrliche Fremdenkritik war es, die brüderlich hier geübt wurde.

Es wird auch dieser Parteitag ein Meilenstein in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie sein. Auch er hat bewiesen, daß sie einig und geschlossen dasteht, und daß nichts im Stande ist, sie von ihrem Wege abzubringen, den sie voll Opfermuth verfolgt. Wir sind einig und entschlossen zu kämpfen für das große Ziel, dem wir alle zugewandert haben, für die Beseitigung des Klassenstaates, für die Beseitigung der bürgerlichen und für die Organisation der sozialistischen Gesellschaft. Nicht nur über das Ziel, auch über den Weg sind wir einig, der zum Ziele führt. Alle Mittel gilt es zu brauchen, die sich aus den Verhältnissen, aus der Situation ergeben, bis das Ziel erreicht ist!

Wenn Sie nach beendeter Arbeit in Ihre Heimath zurückkehren, so werden Sie, das weiß ich, von der Ueberzeugung unserer Einigkeit befeuert, mit um so größerem Eifer Apostel unserer Sache, Wortkämpfer der Sozialdemokratie sein.

"Vorwärts" ist der Name unseres Zentralorgans. "Vorwärts" die Parole, unter der wir uns zusammengefunden haben, "Vorwärts" ist und bleibt die Losung des um seine Befreiung ringenden Proletariats, in dessen Dienst wir alle kämpfen wollen, bis zum letzten Athemzuge!

So mag denn der Ruf, mit dem wir unsere Verhandlungen eröffnet haben, auch zum Schluß hinanschallen in alle Welt - der Ruf, mit dem wir einst am schönsten Tage unseren Sieg feiern werden:

Noch die deutsche, hoch die internationale, die völkerbefreiende Sozialdemokratie!

Die Versammlung stimmt dreimal begeistert in das Hoch ein, das dröhnend durch den Saal klingt.

Stehend singen die Delegirten die erste Strophe der Arbeitermarschallaise.

Bergmann spricht dem Bureau für den Ernst und die Umsicht, mit denen es die Geschäfte des Parteitages geführt, den Dank der Delegirten aus.

Singer dankt im Namen des Bureaus und erklärt hierauf den Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands für geschlossen.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Heute Vormittag wurde der Delegirte Häckel - Sagan auf Rekrutierung der Saganer Staatsanwaltschaft wegen Verdacht des Meineids vom Parteitag weg verhaftet. Die Verhaftung erfolgte, ohne von vielen bemerkt zu werden, durch einen Kriminalbeamten in Zivil.







